

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte vorbehalten.

In dieser Veröffentlichung wurden die geringfügigen nachträglichen Korrekturen der Statistischen Landesämter Bayern, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein nicht berücksichtigt.

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorbemerkung	4
1. Sozialhilfe im engeren Sinne:	
Wesentliche Strukturdaten 2003	5
1.1 Empfänger	5
<i>Tabelle 1.1, Schaubild 1.1.1 und 1.1.2</i>	
1.2 Aufwand	7
<i>Tabelle 1.2, Schaubild 1.2</i>	
2. Ausländer mit Sozialhilfebezug	8
<i>Tabelle 2.1, Schaubild 2.1.1, 2.1.2 und 2.2</i>	
3. Altersstruktur der Sozialhilfeempfänger	10
<i>Tabelle 3.1, Schaubilder 3.1, 3.2</i>	
4. Haushaltsstruktur der Sozialhilfeempfänger	11
4.1 Haushaltsgröße	11
<i>Tabelle 4.1, Schaubild 4.1</i>	
4.2 Haushaltstyp	12
<i>Tabelle 4.2.1, 4.2.2 und 4.3, Schaubild 4.2 und 4.3</i>	
5. Sozialhilfebedarf und -anspruch	14
<i>Tabelle 5.1, 5.2, Schaubild 5.1.1, 5.1.2 und 5.2</i>	
6. Sozialhilfebezug und Arbeitslosigkeit	18
<i>Tabelle 6.1, Schaubild 6.1</i>	
7. Entwicklung der Sozialhilfebedürftigkeit seit 1997	20
<i>Tabelle 7.1 und 7.2</i>	
8. Auswirkungen des Grundsicherungsgesetzes (GSiG)	21
<i>Tabelle 8.1</i>	
Anhang: Tabellen, Schaubilder	23

VORBEMERKUNG

Der vorliegende Ländervergleich gibt einen Überblick über zahlenmäßige Unterschiede zwischen den Bundesländern hinsichtlich einiger wichtiger Strukturdaten aus der Sozialhilfestatistik. Eine genauere Analyse oder Interpretation der länderspezifischen Unterschiede ist in diesem Rahmen allerdings nur eingeschränkt möglich. Betrachtet werden soll hier allein die sog. „Sozialhilfe im engeren Sinne“, d. h. die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen.

Die nachfolgenden Angaben beziehen sich im Wesentlichen auf die Ergebnisse der Sozialhilfestatistik für das Berichtsjahr 2003.

1. SOZIALHILFE IM ENGEREN SINNE:
WESENTLICHE STRUKTURDATEN 2003

1.1 EMPFÄNGER

Tabelle 1.1, Schaubild 1.1.1 und 1.1.2

Zum Jahresende 2003 erhielten insgesamt **2,81 Mill. Personen in 1,42 Mill. Haushalten** Sozialhilfe im engeren Sinne, d.h. laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen¹; im Vergleich zum Vorjahr stieg die Zahl der Empfänger damit um 2,0 % an. Während in Westdeutschland (ohne Berlin) die Gesamtzahl der Empfänger gegenüber 2002 nur um 1,2 % stieg, war in Ostdeutschland (ohne Berlin) im selben Zeitraum ein deutlich stärkerer Anstieg festzustellen (+ 4,9 %)².

Unter den Empfängern waren bundesweit 2,19 Mill. Deutsche und 617 000 Ausländer. Der Ausländeranteil lag somit bei 22 %. Unter den Sozialhilfeempfängern überwiegen mit 55 % die weiblichen Bezieher.

Viele der Sozialhilfebezieher sind **Kinder**: So waren zum Jahresende 2003 knapp 1,1 Millionen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren von Sozialhilfe betroffen, das sind 38 % der Empfänger. Gut die Hälfte dieser Kinder (54 %) lebte in Haushalten von allein erziehenden Frauen. Die vergleichsweise hohe Inanspruchnahme der Sozialhilfe durch Kinder drückt sich auch in der Sozialhilfequote (Anteil der Hilfebezieher an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe in %) aus. Während am Jahresende 2003 insgesamt 3,4 % der Bevölkerung Sozialhilfe im engeren Sinne bezogen, war diese Quote bei den unter 18jährigen mit 7,2 % mehr als doppelt so hoch. Insgesamt ist festzustellen, dass die Sozialhilfequote der Kinder über dem Gesamtdurchschnitt liegt und um so höher ist, je jünger die Kinder sind. Im Gegensatz hierzu liegt die Sozialhilfequote der **älteren Menschen** deutlich unter dem Gesamtdurchschnitt, und zwar um so mehr, je älter die Personen sind (zur Sozialhilfebedürftigkeit der ab 65jährigen siehe auch Kapitel 8 – Auswirkungen des Grundsicherungsgesetzes (GSiG)).

¹ Die Empfänger/-innen von Sozialhilfe im engeren Sinne werden im Folgenden kurz „Sozialhilfeempfänger“ genannt.

² Aufgrund der zum 1.1.2001 in Kraft getretenen Bezirksreform in Berlin ist ab dem Berichtsjahr 2001 eine Aufbereitung und Darstellung der Ergebnisse der Sozialhilfestatistik für das ehemalige Berlin-West und Berlin-Ost nicht mehr möglich. Sofern im folgenden Ergebnisse für West- bzw. Ostdeutschland präsentiert werden, sind diese Angaben jeweils **ohne** die Daten für Berlin berechnet.

Ferner ergeben sich hinsichtlich der Sozialhilfebedürftigkeit folgende Zusammenhänge: **Frauen** beanspruchen mit einer Quote von 3,7 % relativ häufiger Sozialhilfe als **Männer** mit 3,1 %. **Ausländer** weisen mit 8,4 % eine deutlich höhere Bezugsquote als **Deutsche** (2,9 %) auf.

Ein regionalspezifische Betrachtung ergibt folgendes Bild: 2,12 Millionen Sozialhilfeempfänger lebten am Jahresende 2003 im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin-West), 426 000 in den neuen Ländern (ohne Berlin-Ost) und 261 000 in Berlin. Die Sozialhilfequote ist damit im Westen mit 3,2 % nach wie vor leicht höher als im Osten (3,1 %), allerdings haben sich die Quoten in den letzten Jahren immer mehr angeglichen (nähere Einzelheiten zur Entwicklung der Sozialhilfebedürftigkeit finden sich in Teil 7 sowie in den Tabellen 7.1 und 7.2 der vorliegenden Publikation).

Im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin-West) ist ansatzweise ein Nord-Süd-Gefälle erkennbar, das heißt relativ hohe Sozialhilfequoten im Norden und in der Mitte Deutschlands, niedrige Quoten im Süden (mit Ausnahme des Saarlandes). So wurden zum Jahresende 2003 für Schleswig-Holstein und das Saarland (jeweils 4,1 %) sowie Hessen und Niedersachsen (jeweils 3,9 %) die höchsten Quoten innerhalb der Flächenländer ermittelt, während sich für Bayern mit 1,8 % und Baden-Württemberg mit 2,1 % relativ niedrige Quoten ergaben. Die höchsten Quoten waren in den drei Stadtstaaten zu verzeichnen: Bremen (9,2 %), Berlin (7,7 %) und Hamburg (6,9 %).

In den neuen Ländern wies Ende 2003 Thüringen mit 2,3 % die niedrigste Sozialhilfequote auf, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern mit je 3,8 % die höchste.

Allgemeine Sozialhilfequote (Empfänger)

Deutschland 2003: 3,4 %

Überdurchschnittlich	2003	Unterdurchschnittlich	2003
Bremen	9,2 %	Bayern	1,8 %
Berlin	7,7 %	Baden-Württemberg	2,1 %
Hamburg	6,9 %	Thüringen	2,3 %
Schleswig-Holstein	4,1 %	Rheinland-Pfalz	2,5 %
Saarland	4,1 %	Brandenburg	3,0 %
Hessen	3,9 %	Sachsen	3,1 %
Niedersachsen	3,9 %		
Sachsen-Anhalt	3,8 %		
Nordrhein-Westfalen	3,8 %		
Mecklenburg-Vorpommern	3,8 %		

1.2 AUFWAND

Tabelle 1.2, Schaubild 1.2

Im Jahr 2003 wurden in Deutschland für die Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) brutto 9,8 Mrd. EUR ausgegeben, das waren 38 % der gesamten **Sozialhilfeausgaben**. Nach Abzug der Einnahmen bei dieser Hilfeart in Höhe von 1,1 Mrd. EUR beliefen sich die reinen Ausgaben der Hilfe zum Lebensunterhalt auf 8,7 Mrd. EUR (- 0,2 % gegenüber 2002); rein rechnerisch waren dies durchschnittlich rund 106 EUR je Einwohner. Für die Unterpositionen der Hilfe zum Lebensunterhalt (s. Tab. 1.2) können im Rahmen der Sozialhilfestatistik nur die Bruttoausgaben (also nicht die reinen Ausgaben) angegeben werden. So belief sich der korrespondierende Ausgabebetrag (brutto) für die laufenden Leistungen (ohne Hilfe zur Arbeit) der Sozialhilfe im engeren Sinne im Jahr 2003 (Deutschland) auf 7,2 Mrd. EUR (- 0,4 % im Vergleich zu 2002). Zusätzlich hierzu wurden im Jahr 2003 noch 1,1 Mrd. EUR (brutto) für laufende Leistungen in Form von Hilfe zur Arbeit sowie 1,3 Mrd. EUR für einmalige Leistungen bei der Hilfe zum Lebensunterhalt ausgegeben.

Ein Vergleich der reinen HLU-Ausgaben je Einwohner entspricht weitestgehend dem Bild der empfängerbezogenen Sozialhilfequoten im engeren Sinne. So waren die reinen HLU-Ausgaben je Einwohner im Westen (ohne Berlin) mit 103 EUR je Einwohner deutlich höher als im Osten (ohne Berlin) mit 80 EUR je Einwohner. Die höchsten Sozialhilfeausgaben je Einwohner waren in den drei Stadtstaaten zu verzeichnen (Bremen: 305 EUR, Ber-

lin: 272 EUR, Hamburg: 213 EUR). Von den West-Flächenstaaten wiesen Schleswig-Holstein (134 EUR) und das Saarland (132 EUR) die höchsten Pro-Kopf-Ausgaben auf, während sich für Bayern (57 EUR) und Baden-Württemberg (66 EUR) die niedrigsten Werte ergaben. Im Osten wurden die höchsten Pro-Kopf-Ausgaben in Mecklenburg-Vorpommern (102 EUR) ermittelt, die niedrigsten in Thüringen (58 EUR).

2. AUSLÄNDER MIT SOZIALHILFEBEZUG

Tabelle 2.1, Schaubild 2.1.1

Zum Jahresende 2003 bezogen 8,4 % der in Deutschland lebenden ausländischen Staatsangehörigen Sozialhilfe im engeren Sinne. Das „Sozialhilferisiko“ für die im Osten lebenden Ausländer ist dabei etwas höher als in Westdeutschland: Während im Westen die Sozialhilfequote der Ausländer bei 7,9 % liegt, beträgt sie im Osten 9,0 %. Im Großen und Ganzen verhalten sich die landesspezifischen Sozialhilfequoten der Ausländer wie die allgemeinen Sozialhilfequoten, das heißt Länder mit einer relativ hohen allgemeinen Sozialhilfequote weisen in der Regel auch eine relativ hohe Ausländer-Sozialhilfequote auf und umgekehrt.

Sozialhilfequote der Ausländer

Deutschland 2003: 8,4 %

Überdurchschnittlich	2003	Unterdurchschnittlich	2003
Bremen	20,0 %	Baden-Württemberg	4,8 %
Berlin	16,0 %	Bayern	4,8 %
Hamburg	13,1 %	Thüringen	5,9 %
Sachsen-Anhalt	12,9 %	Rheinland-Pfalz	6,1 %
Mecklenburg-Vorpommern	12,0 %	Brandenburg	6,5 %
Niedersachsen	11,2 %		
Hessen	11,0 %		
Schleswig-Holstein	10,7 %		
Sachsen	9,0 %		
Saarland	8,9 %		
Nordrhein-Westfalen	8,5 %		

Zum Jahresende 2003 war in der Mehrzahl der Länder ein leichter Rückgang der Ausländer-Sozialhilfequote gegenüber 2002 zu verzeichnen. Im Westen wurde der Rückgang am deutlichsten in Schleswig-Holstein (- 1,0 %-Punkte) sowie im Saarland (- 0,6 %-Punkte). Der höchste Rückgang bei den ostdeutschen Ländern war in Mecklenburg-Vorpommern (-0,4 %-Punkte) zu beobachten. Ein leichter Anstieg der Ausländer-Sozialhilfequote wurde dagegen im Westen in Nordrhein-Westfalen (+ 0,4 %-Punkte) und im Osten in Sachsen (+ 0,3 %-Punkte) ermittelt. Bremen wies zum Jahresende 2003 mit 20,0% nach wie vor die höchste Ausländer-Sozialhilfequote in Deutschland auf.

Tabelle 2.1, Schaubild 2.1.2 und 2.2

Betrachtet man den Anteil der Ausländer unter den Sozialhilfeempfängern, wird eine deutliche Ost/West-Diskrepanz sichtbar: Während Ende 2003 im Westen ein Viertel (24,3 %) aller Sozialhilfeempfänger Ausländer waren, belief sich dieser Anteilswert im Osten auf lediglich 6,9 %. Dies ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass in Ostdeutschland vergleichsweise wenige ausländische Mitbürger leben (siehe Schaubild 2.2). So bewegt sich der dortige Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung Ende 2003 lediglich zwischen 2,0 % (in Sachsen-Anhalt und Thüringen) und 2,8 % in Sachsen. Im Westen ist der Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung durchweg deutlich höher. Die höchsten Werte weisen dabei die Stadtstaaten (zwischen 12,7 % in Bremen und 14,6 % in Hamburg) sowie Baden-Württemberg (12,1 %) und Hessen (11,5 %) auf. In Schleswig-Holstein (5,4 %) und Niedersachsen (6,7 %) war der Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung innerhalb der West-Länder am niedrigsten.

Hinsichtlich der Ausländer-Anteile an den Sozialhilfebezieher ist im Einzelnen Folgendes festzuhalten: Der Ausländeranteil an den Sozialhilfeempfängern ist im Westen sehr unterschiedlich. Der höchste Ausländeranteil war Ende 2003 in Hessen (32,6 %) zu verzeichnen, d. h. dort war fast jeder Dritte Sozialhilfebezieher ausländischer Staatsbürger. Die niedrigsten West-Werte wurden in Schleswig-Holstein (14,2 %) und Rheinland-Pfalz (18,5 %) registriert. Im Osten ist die Spannbreite der Ausländer-Anteile an allen Sozialhilfeempfängern wesentlich kleiner: Hier liegen die Werte zwischen 5,1 % in Thüringen und 8,0 % in Sachsen; in Thüringen war also lediglich jeder 20. Hilfebezieher ausländischer Staatsbürger.

Obwohl die Sozialhilfequote der Ausländer im Osten teilweise relativ hoch ist (z. B. Sachsen-Anhalt mit 12,9 % bzw. Mecklenburg-Vorpommern mit 12,0 %), wirkt sich dies auf die allgemeine Sozialhilfequote aufgrund des insgesamt geringen Ausländeranteils an der Bevölkerung nur unwesentlich aus. Folgerichtig liegt dort die allgemeine Sozialhilfequote nur wenig über der Quote für die Sozialhilfebezieher mit deutscher Staatsangehörigkeit.

Die Analyse der Sozialhilfequoten für den Westen gestaltet sich weitaus schwieriger als im Osten: So hat beispielsweise Baden-Württemberg trotz eines überdurchschnittlich hohen Ausländeranteils an der Gesamtbevölkerung (12,1 %) mit 4,8 % die niedrigste Ausländer-Sozialhilfequote im ganzen Bundesgebiet. Dagegen geht besonders in den Stadtstaaten, aber auch in Hessen der hohe Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung mit einer überdurchschnittlich hohen Ausländer-Sozialhilfequote einher. In Schleswig-Holstein und Niedersachsen hingegen wurden trotz eines relativ niedrigen Ausländeranteils an der Bevölkerung überdurchschnittlich hohe Ausländer-Sozialhilfequoten festgestellt.

3. ALTERSSTRUKTUR DER SOZIALHILFEEMPFÄNGER

Tabelle 3.1, Schaubilder 3.1 und 3.2

Die Sozialhilfequote ist sehr stark vom **Alter** abhängig: sie sinkt mit zunehmendem Alter, d.h. insbesondere, dass Kinder weitaus häufiger Sozialhilfe beziehen als ältere Menschen. Wie Schaubild 3.1 verdeutlicht, ist diese Rangfolge der altersspezifischen Sozialhilfequoten in jedem Bundesland klar erkennbar; Unterschiede zwischen den Ländern ergeben sich lediglich im Hinblick auf die absolute Niveaulage der landesspezifischen Sozialhilfequote (Nord-Süd-Gefälle bei den Sozialhilfequoten im Westen, generell relativ niedrige Sozialhilfequoten im Osten, hohe Quoten in den Stadtstaaten).

Vergleicht man die **Altersstruktur** der Sozialhilfeempfänger (d.h. die Anteile der Altersgruppen unter den Sozialhilfeempfängern) in den einzelnen Ländern, dann werden jedoch gewisse Unterschiede sichtbar:

- Im Westen (bzw. dort in den einzelnen Ländern) sind die Anteilswerte der
 - älteren Sozialhilfeempfänger (40 Jahre und älter) höher
 - jüngeren Sozialhilfeempfänger (unter 40 Jahre) geringer
 als im Osten.
- In allen West-Ländern bilden die unter 18-jährigen die anteilmäßig größte Gruppe unter den Sozialhilfeempfängern. Die Anteilswerte schwanken dabei zwischen 41,1 % in Niedersachsen und 34,4 % in Hamburg. In den neuen Bundesländern ist – wie übrigens auch in Berlin – stets die Altersgruppe der 18- bis 40jährigen am stärksten vertreten.
- Personen mit Sozialhilfebezug im Alter von 60 Jahren und älter sind in allen Bundesländern am wenigsten stark vertreten, ihr Anteil liegt allerdings im Westen mit durchschnittlich 7,8 % mehr als doppelt so hoch als im Osten mit 2,9 %. In Rheinland-Pfalz ist der Anteil der über 60jährigen an allen Sozialhilfeempfängern mit 10,0 % am höchsten, in Thüringen (2,4 %) am niedrigsten (zur Sozialhilfebedürftigkeit der ab 65jährigen siehe auch Kapitel 8 – Auswirkungen des Grundsicherungsgesetzes (GSiG)).

4. HAUSHALTSSTRUKTUR DER SOZIALHILFEEMPFÄNGER

4.1 HAUSHALTSGRÖSSE

Tabelle 4.1, Schaubild 4.1

Die 2,81 Mill. Personen, die zum Jahresende 2003 in Deutschland Sozialhilfe im engeren Sinne bezogen, lebten in 1,42 Mill. Haushalten³. In rund der Hälfte der Fälle (49 %) waren dies **Einpersonenhaushalte**⁴. Danach folgten die Zweipersonenhaushalte mit 24% und die Haushalte mit drei Personen (15 %). Vier und mehr Personen hatten 13 % der Sozialhilfehaushalte.

³ Gemeint sind die sog. Bedarfs- bzw. Einsatzgemeinschaften, die hier der Einfachheit halber kurz als Haushalte bezeichnet werden.

⁴ Die in diesem Absatz genannten Anteilswerte beziehen sich auf diejenigen Haushalte, in denen alle Mitglieder Sozialhilfe erhalten.

Im Osten waren unter den Sozialhilfehaushalten die Mehrpersonenhaushalte etwas stärker vertreten als im Westen. Überdurchschnittlich viele Einpersonenhaushalte gab es vor allem in den Stadtstaaten sowie in Bayern und Hessen. Größere Sozialhilfehaushalte (vier und mehr Personen) hingegen waren relativ häufig in Niedersachsen anzutreffen (14,6 %).

4.2 HAUSHALTSTYP

Tabelle 4.2.1 und 4.2.2, Schaubild 4.2

Über die Haushaltsgröße hinaus können die Sozialhilfehaushalte bzw. Bedarfsgemeinschaften mittels des **Haushaltstyps** weiter klassifiziert werden. Im Wesentlichen unterscheidet man dabei allein Stehende, Ehepaare mit und ohne Kinder sowie allein erziehende Frauen. Die Differenzierung nach diesen Haushaltstypen ergibt für Deutschland folgendes Bild: In der Mehrzahl (40 %) handelte es sich bei den Sozialhilfehaushalten um allein Stehende; danach folgten die allein erziehenden Frauen mit einem Anteilswert von 25 % vor den Ehepaaren mit Kindern (11 %) und den Ehepaaren ohne Kinder (7 %). Auf die Sammelposition "sonstige Haushalte" entfielen rund 16 % der Haushalte; hierunter sind nichteheliche Lebensgemeinschaften mit und ohne Kinder (4 %), allein erziehende Männer (1 %) sowie Haushalte ohne Haushaltsvorstand bzw. anderweitig nicht erfasste Haushalte (13 % aller Sozialhilfehaushalte) subsumiert.

Vergleicht man die Struktur der Sozialhilfe beziehenden Haushalte in den einzelnen Bundesländern, dann ergibt sich folgendes Bild:

- In allen Ländern bilden die **allein Stehenden** die größte Gruppe unter den Sozialhilfehaushalten. Besonders ausgeprägt ist die Dominanz der allein Stehenden in den Stadtstaaten, insbesondere Berlin und Hamburg. Darüber hinaus ist der Anteil der allein Stehenden im Westen höher als im Osten. Die Differenzierung nach dem Geschlecht ergibt zumeist ein Übergewicht der Männer (Ausnahmen: Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Saarland).
- Die zweitgrößte Gruppe bilden die Haushalte von **allein erziehenden Frauen**. Ihr Anteil ist im Osten meist höher als im Westen. Besonders häufig sind dort die allein erziehenden Frauen in Thüringen und Sachsen vertreten. Im Westen gibt es relativ viele allein erziehende Frauen unter der Sozialhilfehaushalten in Baden-Württemberg und Bayern und relativ wenige in Hamburg und Hessen. In Berlin ist der Anteil der allein

erziehenden Frauen an allen Sozialhilfehaushalten auf Länderebene betrachtet am geringsten.

- Die relativen Häufigkeiten der **Ehepaare mit Kind(ern)** weisen in den einzelnen Bundesländern nur vergleichsweise geringfügige Unterschiede auf. Relativ wenige gibt es in Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt; relativ viele sind es in Nordrhein-Westfalen.
- Sozialhilfe beziehende Haushalte von **Ehepaaren ohne Kinder** sind im Westen relativ häufiger als im Osten. Die höchsten Anteile wurden in Bayern und Nordrhein-Westfalen festgestellt, die niedrigsten Anteile dieses Haushaltstyps ergaben sich in Thüringen und Sachsen-Anhalt.

Tabelle 4.3, Schaubild 4.3

- Der Anteil der **Familien** (Ehepaare und allein erziehende Frauen) **mit zwei und mehr Kindern** war zum Jahresende 2003 im Westen etwas höher als im Osten. Die höchsten Anteilswerte ergaben sich dabei
 - für den Westen in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen;
 - für den Osten in Thüringen.Die niedrigsten Anteile für diese kinderreichen Haushalte wurden
 - für den Westen in Hamburg und Bayern sowie
 - für den Osten in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg ermittelt.
- Im Folgenden sollen die Länder kenntlich gemacht werden, deren Sozialhilfehaushalte aus relativ vielen größeren Familien und relativ wenigen allein Stehenden bestehen und umgekehrt. Hierzu werden die einzelnen Länder in die beiden folgenden Gruppen eingeteilt:

Länder mit

überdurchschnittlichem Anteil von Familien mit zwei und mehr Kindern <u>und unterdurchschnittlichem Anteil von</u> allein Stehenden	unterdurchschnittlichem Anteil von Familien mit zwei und mehr Kindern <u>und überdurchschnittlichem Anteil von</u> allein Stehenden
--	--

Es ergibt sich folgendes Bild:^{*)}

Familien ↑ (mit zwei und mehr Kinder) allein Stehende ↓	Familien ↓ (mit zwei und mehr Kinder) allein Stehende ↑
Baden-Württemberg Niedersachsen Nordrhein-Westfalen Schleswig-Holstein	Bayern Berlin Bremen Hamburg Mecklenburg-Vorpommern

^{*)} Die in dieser Übersicht nicht aufgeführten Länder erfüllen die vorgenannten Zuordnungskriterien nicht.

5. SOZIALHILFEBEDARF UND -ANSPRUCH

Tabelle 5.1, Schaubild 5.1.1 und 5.1.2

Tabelle 5.2, Schaubild 5.2

Die Summe aus den Regelsätzen, etwaigen Mehrbedarfszuschlägen, Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen sowie den Unterkunftskosten (**Bruttokaltmiete** und Heizkosten) für den Haushaltsvorstand und die Haushaltsangehörigen ergibt den **Bruttobedarf** eines Haushalts.

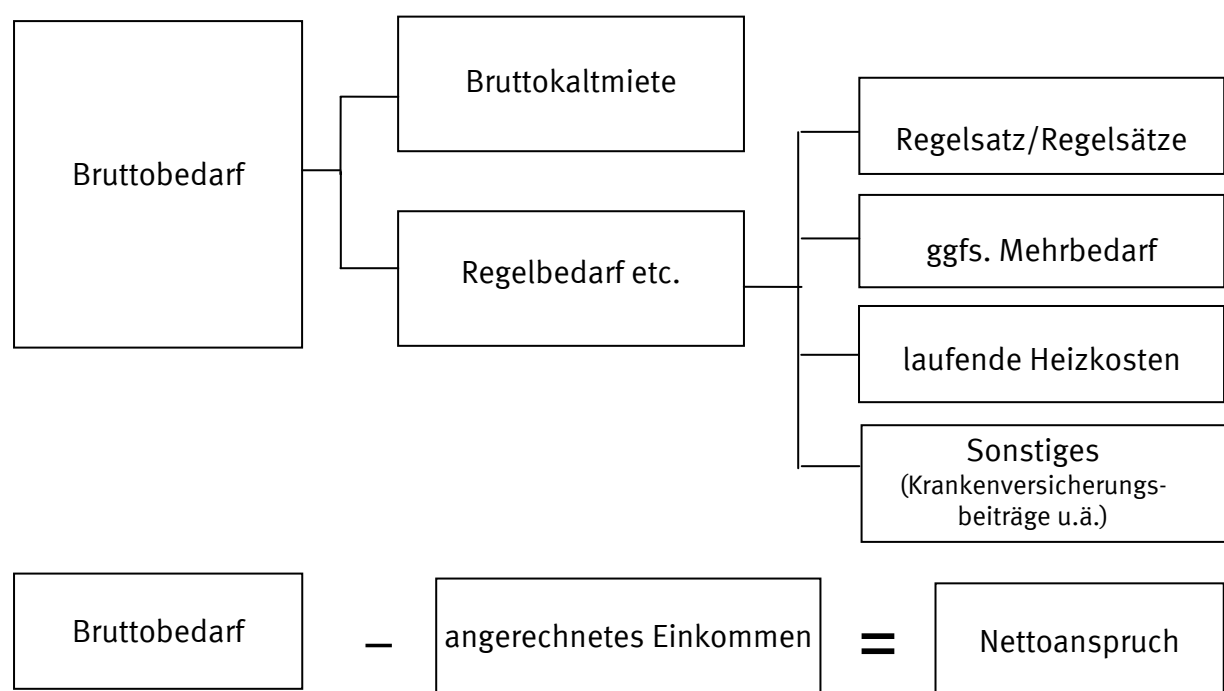
Zur **Bruttokaltmiete** zählen die Miete (bzw. bei Eigentümern die Belastung) einschließlich der Umlagen, Nebenkosten und Gebühren für Müllabfuhr, Abwasser, Schornsteinfeger, Straßenreinigung, Grundsteuer, Hausverwaltung u. ä. Nicht zur Bruttokaltmiete gehören Strom- und Heizungskosten sowie die Kosten der Warmwasserbereitung. Heizkosten werden gesondert als Bedarf berücksichtigt, während Stromkosten aus dem Regelsatz zu tragen sind.

Als „**Regelbedarf etc.**“ wird im Folgenden die Differenz zwischen dem Bruttobedarf und der Bruttokaltmiete bezeichnet. Hierunter fallen im Wesentlichen der Regelsatz bzw. die

Regelsätze sowie gegebenenfalls Mehrbedarfszuschläge und laufende Heizkosten, aber auch sonstige Hilfen wie z. B. vom Sozialamt übernommene Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge oder Kosten der Alterssicherung.

Zieht man vom Bruttobedarf das **angerechnete Einkommen** ab, erhält man den tatsächlich ausbezahlten **Nettoanspruch**.

Die Zusammenhänge sollen durch die nachfolgende Abbildung bzw. Formel nochmals dargestellt werden:



Im Folgenden wird der Sozialhilfebedarf und -anspruch im Ländervergleich aufgezeigt. Bei den dabei verwandten Begriffen (Bruttokaltmiete, Regelbedarf, Bruttobedarf, angerechnetes Einkommen, Nettoanspruch) handelt es sich jeweils um monatliche Durchschnittswerte.

Im Bundesdurchschnitt errechnete sich für einen Sozialhilfehaushalt zum Jahresende ein monatlicher Bruttobedarf von 864 EUR, wovon mehr als ein Drittel auf die Kaltmiete (299 EUR) entfiel. Unter Berücksichtigung des angerechneten Einkommens der Hilfebedürfti-

gen in Höhe von durchschnittlich 467 EUR wurden pro Haushalt im Schnitt 397 EUR – also etwas weniger als die Hälfte (46%) des Bruttobedarfs – monatlich ausgezahlt.

Allerdings ergeben sich im Ost-/West-Vergleich bei den Daten nach wie vor deutliche Unterschiede. Während im Westen im Schnitt 47 % des Bruttobedarfs als Nettoanspruch tatsächlich ausgezahlt werden, ist dieser Wert im Osten mit 40 % wesentlich geringer. Ursache hierfür ist der signifikant höhere Bruttobedarf der Sozialhilfehaushalte im Westen, welcher im Wesentlichen auf die durchschnittlich höheren Bruttokaltmieten im Westen zurückzuführen ist. Hinsichtlich der Höhe des angerechneten Einkommens sind im Ost-/West-Vergleich praktisch keine Unterschiede festzustellen.

Die nach wie vor festgestellten Unterschiede bei den statistisch ermittelten Werten lassen es sinnvoll erscheinen, im Folgenden die länderspezifischen Einzelheiten getrennt für Ost- und Westdeutschland darzustellen⁵.

I. Situation im Westen

Hinsichtlich der Entstehung des Sozialhilfebedarfs stellt sich die Situation im Westen wie folgt dar:

Bruttobedarf, Bruttokaltmiete, Regelbedarf etc. Alle Durchschnittsbeträge sind... (bezogen auf den Durchschnitt im Westen) ^{*)}	
Überdurchschnittlich	Unterdurchschnittlich
Baden-Württemberg Hessen	Bayern Nordrhein-Westfalen Bremen

^{*)} Die in dieser Übersicht nicht aufgeführten Länder erfüllen das vorgenannte Zuordnungskriterium nicht. In Nordrhein-Westfalen entspricht der Regelbedarf etc. in etwa dem West-Durchschnitt.

⁵ Berlin bleibt damit in der textlichen Darstellung unberücksichtigt. Die Werte/Angaben für Berlin sind jedoch den Tabellen 5.1. und 5.2 sowie den Schaubildern 5.1.1, 5.1.2 sowie 5.2 zu entnehmen.

Nach Abzug des angerechneten Einkommens ergab sich letztendlich ein überdurchschnittlich hoher Nettoanspruch für Hamburg, Hessen und Niedersachsen. Für die übrigen Länder ergab sich ein unterdurchschnittlicher Nettoanspruch. Die niedrigsten Werte wurden dabei in Rheinland-Pfalz und im Saarland festgestellt.

In Hamburg waren verschiedene andere Komponenten auffallend ausgeprägt: Einerseits wurde hier die mit Abstand höchste Bruttokaltmiete, andererseits – wohl aufgrund der vielen Einpersonenhaushalte – der niedrigste Regelbedarf (etc.) festgestellt.

Den höchsten durchschnittlichen Bruttobedarf gab es in Niedersachsen, den niedrigsten in Bayern. Die niedrigste durchschnittliche Bruttokaltmiete war in Rheinland-Pfalz zu verzeichnen. Beim Regelbedarf (etc.) ergaben sich die höchsten Werte in Niedersachsen und Schleswig-Holstein; die niedrigsten waren in Hamburg festzustellen.

In Schaubild 5.2 ist der Anteil des Nettoanspruchs am Bruttobedarf in den einzelnen Ländern dargestellt. Überdurchschnittliche Anteilswerte (insbesondere Hessen und Hamburg) sind in der Regel auf unterdurchschnittliche Beträge beim angerechneten Einkommen bzw. hohe Bruttokaltmieten zurückzuführen, während unterdurchschnittliche Anteilswerte (insbesondere Niedersachsen und Baden-Württemberg) mit relativ hohen Einkommensbeträgen einhergehen.

II. Situation im Osten

Bruttobedarf, Bruttokaltmiete, Regelbedarf etc. Alle Durchschnittsbeträge sind... (bezogen auf den Durchschnitt im Osten) ^{*)}	
Überdurchschnittlich	Unterdurchschnittlich
Sachsen	-

^{*)} Die in dieser Übersicht nicht aufgeführten Länder erfüllen das vorgenannte Zuordnungskriterium nicht.

Die Durchschnittswerte für die Bruttokaltmiete und den Bruttobedarf waren im Osten durchweg niedriger als im Westen; in den meisten Fällen traf dies auch auf den Regelbedarf zu.

Innerhalb der Ost-Länder waren in Sachsen-Anhalt und in Mecklenburg-Vorpommern die höchsten Nettoansprüche zu verzeichnen, was in erster Linie auf niedrige angerechnete Einkommen zurückzuführen sein dürfte. Dagegen wurden für die übrigen Länder unterdurchschnittliche Werte beim Nettoanspruch ermittelt.

Der niedrigste Bruttobedarf im Osten zum Jahresende 2003 war in Brandenburg und Thüringen festzustellen, während für Sachsen und Sachsen-Anhalt der höchste durchschnittliche Bruttobedarf ermittelt wurde. Die niedrigste durchschnittliche Bruttokaltmiete war in Thüringen zu verzeichnen, die höchste in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen. Beim Regelbedarf (etc.) ergaben sich die höchsten Werte in Sachsen-Anhalt, die niedrigsten in Brandenburg.

In Schaubild 5.2 bringt das Verhältnis Nettoanspruch/Bruttobedarf die länderweiten Unterschiede beim angerechneten Einkommen zum Ausdruck. So ist der hohe Anteilswert für Sachsen-Anhalt auf den relativ niedrigen Betrag beim durchschnittlich angerechneten Einkommen zurückzuführen. Der niedrige Anteilswert für Sachsen ist hingegen die Folge des dort relativ hohen Einkommensbetrages.

6. SOZIALHILFEBEZUG UND ARBEITSLOSIGKEIT

Tabelle 6.1, Schaubild 6.1

Im Jahresdurchschnitt 2003 lag die Arbeitslosenquote in Deutschland bei 11,6 %⁶ (gegenüber 10,8 % im Jahr 2002). Das Ausmaß der Arbeitslosigkeit ist zwischen West- und Ostdeutschland nach wie vor sehr unterschiedlich. Daher wird der Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Sozialhilfebezug auf Länderebene im Folgenden jeweils differenziert für die beiden Regionen betrachtet⁷.

I. Situation im Westen

Im Jahresdurchschnitt 2003 lag die Arbeitslosenquote in Westdeutschland⁸ bei 9,3 % (gegenüber 8,5 % im Jahr 2002). Das Ausmaß der Arbeitslosigkeit ist in den alten Bun-

⁶ Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen im Jahresdurchschnitt.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg.

⁷ In Berlin lagen sowohl die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote 2003 mit 20,2% sowie die Sozialhilfequote mit 7,7% weit über dem Bundesdurchschnitt.

desländern sehr unterschiedlich. Ähnlich wie bei der Sozialhilfe ist auch hier ansatzweise ein Nord-Süd-Gefälle erkennbar. So wurden für Schleswig-Holstein (10,9 %), Nordrhein-Westfalen (10,9 %), Niedersachsen (10,7 %) und das Saarland (10,4 %) überdurchschnittliche Arbeitslosenquoten ermittelt, während sich für Baden-Württemberg (6,9 %), Bayern (7,9 %), Hessen (8,8 %) sowie Rheinland-Pfalz (8,5 %) die niedrigsten Quoten ergaben. Analog zur Sozialhilfe wurde die höchste Arbeitslosenquote in Bremen (14,4 %) festgestellt. Der Wert für Hamburg lag mit 11,3 % ebenfalls über dem West-Durchschnitt.

Ein länderweiter Vergleich der Arbeitslosen- und Sozialhilfequote lässt in fast allen Bundesländern (Ausnahme: Hessen) einen zahlenmäßigen Zusammenhang erkennen. So wurde in den Ländern mit überdurchschnittlicher Arbeitslosenquote sehr häufig auch eine überdurchschnittlich hohe Bezugsquote von Sozialhilfe festgestellt. In den Ländern dagegen, deren Arbeitslosenquote unter dem Durchschnitt lag, lag auch die Sozialhilfequote in der Regel unter dem allgemeinen Durchschnitt.

Westdeutschland 2003 (ohne Berlin)

Arbeitslosigkeit-Sozialhilfebezug beide Quoten sind... (bezogen auf den Durchschnitt im Westen) ^{*)}	
Überdurchschnittlich	Unterdurchschnittlich
Bremen Hamburg Niedersachsen Nordrhein-Westfalen Saarland Schleswig-Holstein	Baden-Württemberg Bayern Rheinland-Pfalz

^{*)} Die in dieser Übersicht nicht aufgeführten Länder erfüllen das vorgenannte Zuordnungskriterium nicht.

⁸ D. h. entsprechend der Definition der Bundesagentur für Arbeit in den alten Ländern ohne Berlin.

II. Situation im Osten

In Ostdeutschland⁹ lag die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt 2003 mit 20,1 % (gegenüber 19,2 % im Jahr 2002) deutlich über dem Wert im Westen. Die hohe Arbeitslosenquote in den neuen Ländern geht bislang jedoch insgesamt nicht mit entsprechend hohen Sozialhilfequoten einher.

Der länderweite Vergleich der Sozialhilfebezugs- und Arbeitslosenquote zeigt, dass in Thüringen beide Quoten unterdurchschnittlich ausfielen, während in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern beide Quoten über dem Durchschnitt für die neuen Länder lagen. Brandenburg wies eine leicht unterdurchschnittliche Sozialhilfequote, aber eine leicht überdurchschnittliche Arbeitslosenquote auf. Die Sozialhilfequote in Sachsen entsprach dem Ostdurchschnitt, die Arbeitslosenquote war leicht unterdurchschnittlich.

Ostdeutschland 2003 (ohne Berlin)

Arbeitslosigkeit-Sozialhilfebezug beide Quoten sind... (bezogen auf den Durchschnitt im Osten) *)	
Überdurchschnittlich	Unterdurchschnittlich
Mecklenburg-Vorpommern Sachsen-Anhalt	Thüringen

*) Die in dieser Übersicht nicht aufgeführten Länder erfüllen das vorgenannte Zuordnungskriterium nicht. Bei der Arbeitslosenquote wird der Durchschnitt in den neuen Ländern einschl. Berlin zu Grunde gelegt.

7. ENTWICKLUNG DER SOZIALHILFEBEDÜRFTIGKEIT SEIT 1997

Tabelle 7.1 und 7.2

Gegenüber dem bisherigen Höchststand der Empfänger auf Bundesebene zum Jahresende 1997 (2,89 Millionen) hat sich die Empfängerzahl am Jahresende 2003 (2,81 Millionen) um 2,9 % verringert. Dieser Trend ist ausschließlich auf die Entwicklung im Westen zurückzuführen: Während dort die Gesamtzahl der Empfänger am Jahresende 2003 gegenüber 1997 um 187 000 Personen (– 8,1 %) zurückging, stieg die Zahl der Sozialhilfeempfänger im Osten im selben Zeitraum um 112 000 Personen (+ 35,9 %) an¹⁰. Die

⁹ D. h. entsprechend der Definition der Bundesagentur für Arbeit in den neuen Ländern und Berlin.

¹⁰ In Berlin ging im selben Zeitraum die Zahl der Empfänger um rund 3 % zurück.

Sozialhilfequote war Ende 2003 in Westdeutschland mit 3,2 % jedoch nach wie vor leicht höher als im Osten, wo sie 3,1 % betrug. Allerdings haben sich die Sozialhilfequoten im Westen und Osten in den vergangenen Jahren immer mehr angenähert (1997 in Westdeutschland 3,6 % und in Ostdeutschland 2,2 %).

Aufgrund der unterschiedlichen Entwicklung in diesem Zeitraum erscheint somit eine separate Betrachtung der beiden Regionen sinnvoll.

I. Entwicklung im Westen

Im Westen ging die Sozialhilfequote vom Höchststand Ende 1997 (3,6 %) auf 3,2 % am Jahresende 2003 zurück; dabei war in allen West-Ländern ein Rückgang der Empfängerquote festzustellen. Die deutlichsten Rückgänge (in %-Punkten) in diesem Zeitraum wurden dabei in den Stadtstaaten Hamburg (– 1,6 %-Punkte) und Bremen (– 1,4 %-Punkte) festgestellt. Von den Flächenländern wies das Saarland (– 0,9 %-Punkte) den deutlichsten Rückgang auf. Am wenigsten stark ging im selben Zeitraum die Sozialhilfequote in Nordrhein-Westfalen (– 0,1 %-Punkte) und Bayern (– 0,2 %-Punkte) zurück.

II. Entwicklung im Osten

Im Osten stieg die Sozialhilfequote – ausgehend von einem niedrigen Anfangsniveau – im Zeitverlauf stetig an und betrug am Jahresende 2003 3,1 % (0,9 %-Punkte mehr als 1997). In diesem Zeitraum war in allen Ost-Ländern ein Anstieg der Empfängerquote festzustellen. Die deutlichsten Steigerungen waren dabei in Mecklenburg-Vorpommern (+ 1,2 %-Punkte) sowie in Sachsen und Sachsen-Anhalt (jeweils + 1,1 %-Punkte) zu verzeichnen; den geringsten Anstieg gab es in Thüringen (+ 0,4 %-Punkte).

8. AUSWIRKUNGEN DES GRUNDSICHERUNGSGESETZES

Tabelle 8.1

Das „Gesetz über eine bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung“ (GSiG) bewirkte Änderungen in der Alterstruktur der Sozialhilfeempfänger. Dieses neue Sozialleistungsgesetz, das zum 1. Januar 2003 in Kraft trat, sieht für über 65jährige sowie für dauerhaft voll erwerbsgeminderte Personen ab 18 Jahren eine eigenständige Leistung vor, welche - wie die Sozialhilfe - den grundlegenden Bedarf für den Lebensun-

terhalt sicher stellt¹¹. Vor allem dadurch sank die Zahl der älteren Sozialhilfebezieher ab 65 Jahren zum Jahresende 2003 auf rund 98 000 Personen (- 48% gegenüber dem Vorjahr). Die Sozialhilfequote der älteren Menschen verringerte sich auf 0,7% (Vorjahr: 1,3%).

Für die Tatsache, dass am Jahresende 2003 über 65jährige sowie auch voll erwerbsgeminderte Personen neben den Leistungen des GSiG weiterhin zusätzlich Sozialhilfe (Hilfe zum Lebensunterhalt) bezogen, gibt es im Wesentlichen zwei Gründe. Zum einen sind dies Personen, die einen erhöhten Bedarf haben, der von den Grundsicherungsleistungen nicht abgedeckt wird und aufstockende Sozialhilfe erforderlich macht (z.B. einen Mehrbedarf wegen kostenaufwändiger Ernährung). Zum anderen handelt es sich um Grundsicherungsempfänger, die mit Sozialhilfeempfängern – z.B. dem jüngeren Ehegatten – zusammen in einem Haushalt leben. Für die Angehörigen dieser Haushalte erfolgt für die Sozialhilfe eine gemeinsame Bedarfs- oder Anspruchsberechnung.

Die Auswirkungen des GSiG für die Sozialhilfestatistik waren in den Bundesländern unterschiedlich stark. Während in Berlin die Zahl der älteren (über 65jährigen) Sozialhilfeempfänger zum Jahresende 2003 im Vergleich zum Vorjahr um nur 18% abnahm, sank sie in Thüringen um 72%. Insgesamt war im Osten ein stärkerer Rückgang der älteren Sozialhilfeempfänger zu verzeichnen (- 60%) als im Westen (- 50 %). Dies trifft auch auf die voll erwerbsgeminderten Empfänger zu: Die Anzahl der dauerhaft voll erwerbsgeminderten Sozialhilfeempfänger verringerte sich im Osten um 43%, im Westen nur um 27%.

Zum 01.01.2005 wurde die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung ebenfalls Teil der Sozialhilfe. Sie ist ab diesem Zeitpunkt als 4. Kapitel des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XII) ebenso Bestandteil des Sozialhilferechts wie die Hilfe zum Lebensunterhalt (3. Kapitel SGB XII) und weitere Hilfearten.

¹¹ Erste vorläufige Ergebnisse zum GSiG wurden in einer Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes am 03.12.2004 veröffentlicht; endgültige Ergebnisse liegen voraussichtlich im März 2005 vor.

ANHANG:
TABELLEN, SCHaubILDER

Tabelle 1.1

**Sozialhilfeempfänger/-innen im engeren Sinne¹⁾ nach Geschlecht
am Jahresende 2003**

Gegenstand der Nachweisung	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen
	Anzahl			Sozialhilfequote in % ²⁾		
Deutschland						
Deutsche.....	2 194 269	967 914	1 226 355	2,9	2,7	3,2
Ausländer.....	616 934	289 194	327 740	8,4	7,5	9,4
Insgesamt.....	2 811 203	1 257 108	1 554 095	3,4	3,1	3,7
davon im Alter von ...						
bis unter ... Jahren						
unter 18.....	1 078 925	552 638	526 287	7,2	7,2	7,2
18-40.....	968 122	362 370	605 752	4,0	2,9	5,1
40-60.....	564 801	256 305	308 496	2,5	2,2	2,7
60 und älter.....	199 355	85 795	113 560	1,0	1,0	1,0
Bundesländer						
Baden-Württemberg.....	228 190	100 202	127 988	2,1	1,9	2,4
Bayern.....	223 198	97 806	125 392	1,8	1,6	2,0
Berlin.....	260 535	124 848	135 687	7,7	7,6	7,8
Brandenburg.....	76 160	35 339	40 821	3,0	2,8	3,1
Bremen.....	60 981	27 361	33 620	9,2	8,5	9,8
Hamburg.....	119 239	55 793	63 446	6,9	6,6	7,1
Hessen.....	237 217	106 931	130 286	3,9	3,6	4,2
Mecklenburg-Vorpommern.....	65 646	31 106	34 540	3,8	3,6	4,0
Niedersachsen.....	311 923	138 055	173 868	3,9	3,5	4,3
Nordrhein-Westfalen.....	682 909	295 131	387 778	3,8	3,4	4,2
Rheinland-Pfalz.....	102 830	43 509	59 321	2,5	2,2	2,9
Saarland.....	43 422	18 566	24 856	4,1	3,6	4,6
Sachsen.....	133 256	60 399	72 857	3,1	2,9	3,3
Sachsen-Anhalt.....	95 204	44 908	50 296	3,8	3,6	3,9
Schleswig-Holstein.....	115 009	51 971	63 038	4,1	3,8	4,4
Thüringen.....	55 484	25 183	30 301	2,3	2,2	2,5
nachrichtlich:						
Westdeutschland ohne Berlin.....	2 124 918	935 325	1 189 593	3,2	2,9	3,5
Ostdeutschland ohne Berlin.....	425 750	196 935	228 815	3,1	3,0	3,3

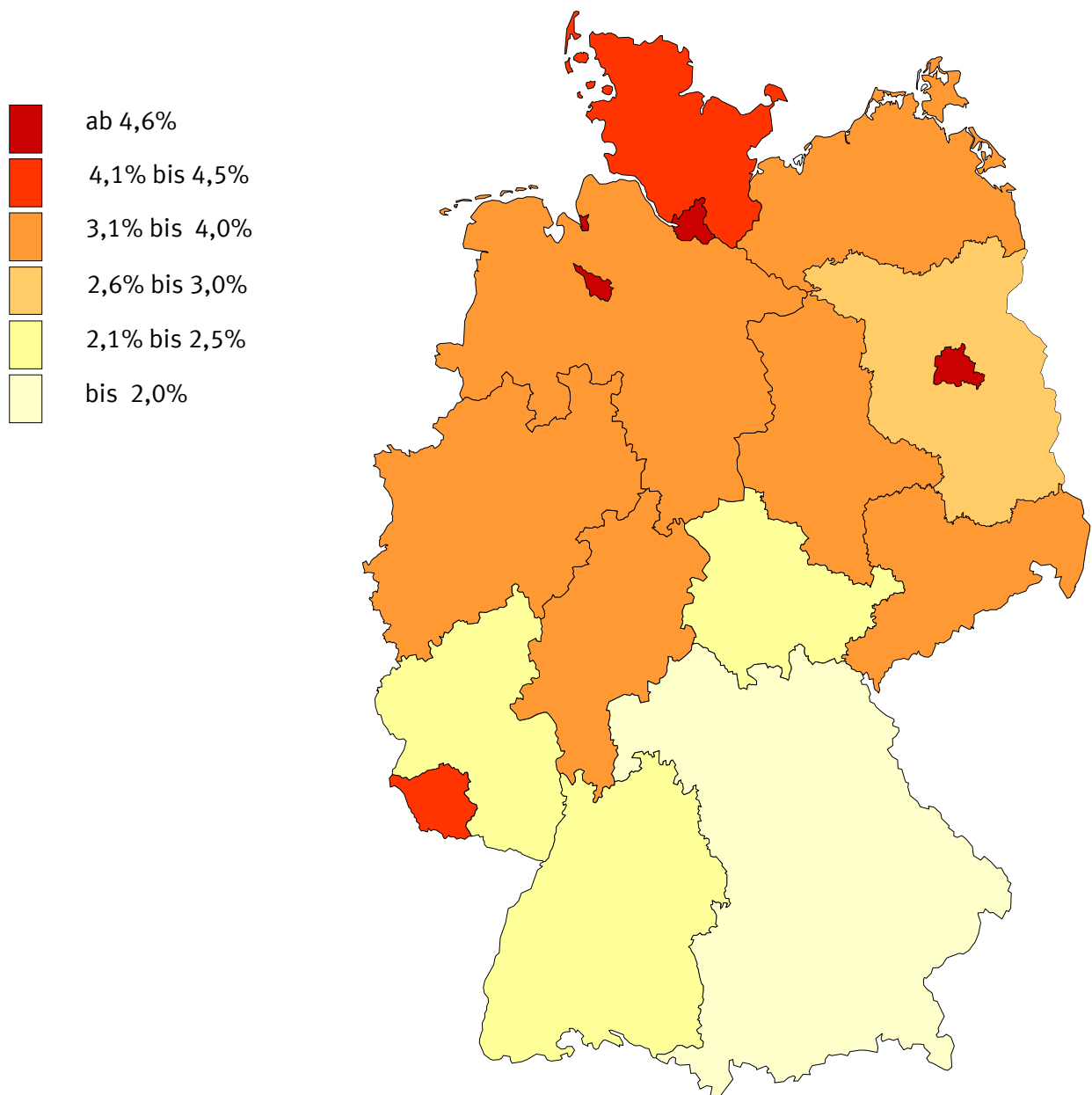
1) Empfänger/-innen von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen.

2) Anteil an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe in %.

Schaubild 1.1.1

Sozialhilfequoten¹⁾ nach Bundesländern zum Jahresende 2003

Deutschland: 3,4%



¹⁾ Anteil der Empfänger/-innen von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen an der jeweiligen Bevölkerung zum 31.12.2003.

Schaubild 1.1.2
Sozialhilfeempfänger/-innen im engeren Sinne¹⁾ nach Geschlecht am Jahresende 2003
Sozialhilfequote in %²⁾

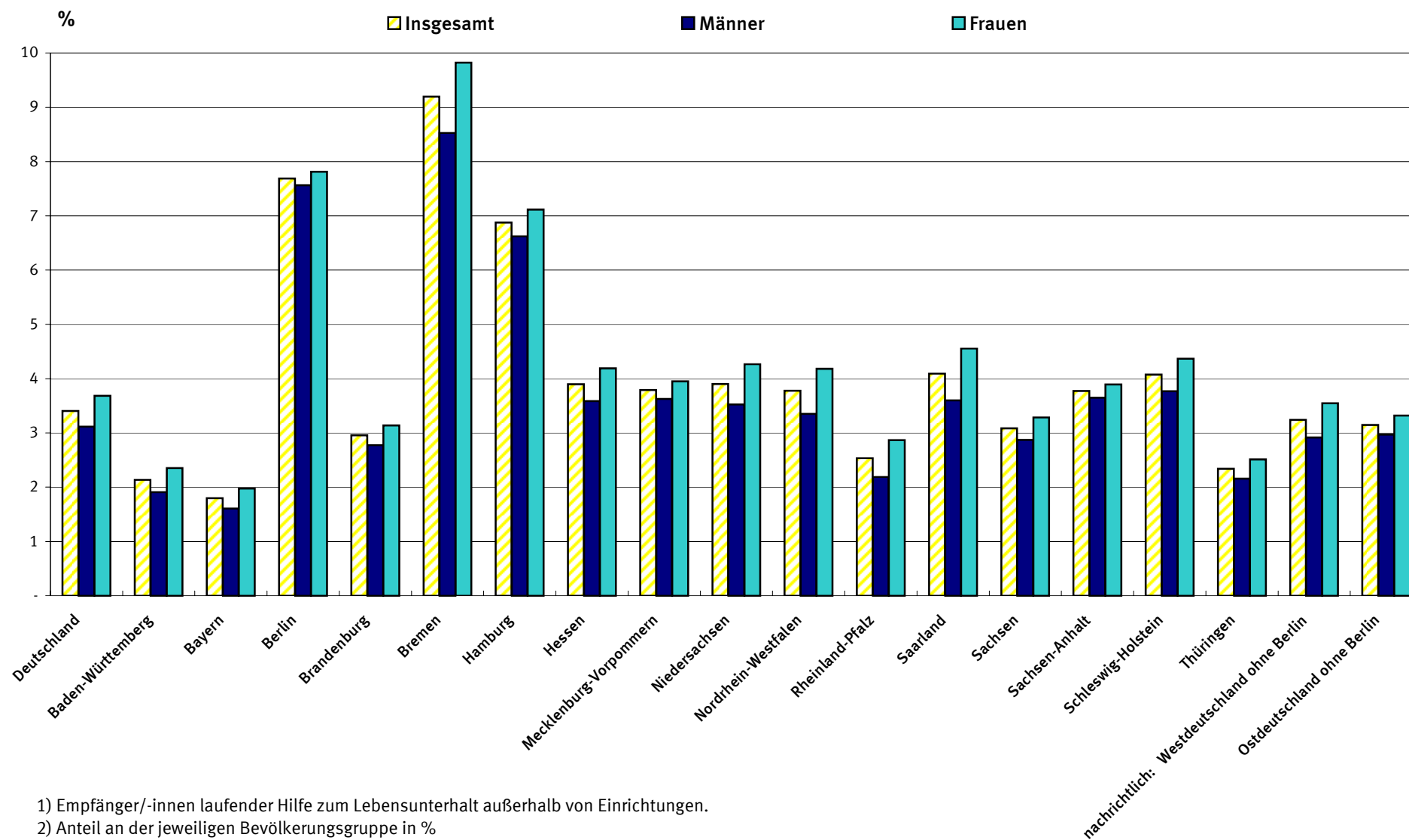


Tabelle 1.2
Ausgaben und Einnahmen der Sozialhilfe 2003
Hilfe zum Lebensunterhalt

Land	Bruttoausgaben				Einnahmen	Reine Ausgaben	
	Hilfe zum Lebens- unterhalt insgesamt	und zwar			Hilfe zum Lebens- unterhalt insgesamt	Hilfe zum Lebens- unterhalt insgesamt	je Ein- wohner 1)
		laufende Leistungen außerhalb von Einrichtungen	davon				
			lfd. Leistungen ohne Hilfe zur Arbeit	Hilfe zur Arbeit			
	1 000 EUR						
Deutschland	9 816 876	8 255 348	7 194 855	1 060 494	1 069 919	8 746 956	106,00
Baden-Württemberg.....	808 930	679 994	593 761	86 234	100 732	708 198	66,32
Bayern.....	810 732	645 618	570 191	75 427	102 222	708 510	57,15
Berlin.....	1 004 150	825 837	745 196	80 642	80 358	923 793	272,38
Brandenburg.....	211 377	180 569	148 021	32 548	21 525	189 852	73,70
Bremen.....	221 555	184 507	149 609	34 898	19 274	202 281	305,24
Hamburg.....	417 405	340 456	340 366	90	48 049	369 356	213,17
Hessen.....	893 897	748 343	648 377	99 966	87 902	805 995	132,34
Mecklenburg-Vorpommern.....	192 233	160 691	143 750	16 941	15 298	176 934	101,81
Niedersachsen.....	1 031 634	879 555	734 055	145 500	122 282	909 351	113,85
Nordrhein-Westfalen.....	2 513 382	2 178 783	1 906 262	272 522	277 347	2 236 035	123,71
Rheinland-Pfalz.....	326 866	273 372	233 288	40 084	41 996	284 870	70,22
Saarland.....	155 177	126 424	97 881	28 542	14 478	140 699	132,35
Sachsen.....	358 385	296 978	257 930	39 049	26 661	331 725	76,54
Sachsen-Anhalt.....	264 043	220 299	202 233	18 066	21 288	242 755	95,75
Schleswig-Holstein.....	448 726	385 037	318 464	66 573	70 675	378 051	134,12
Thüringen.....	158 385	128 885	105 471	23 413	19 835	138 551	58,16
nachrichtlich:							
Westdeutschland ohne Berlin.....	7 628 303	6 442 089	5 592 253	849 835	884 956	6 743 347	102,85
Ostdeutschland ohne Berlin.....	1 184 423	987 422	857 405	130 017	104 606	1 079 817	79,60

1) Bevölkerungsstand: Jahresdurchschnitt 2003.

Schaubild 1.2
Reine Ausgaben der Hilfe zum Lebensunterhalt 2003
EUR je Einwohner ¹⁾

EUR

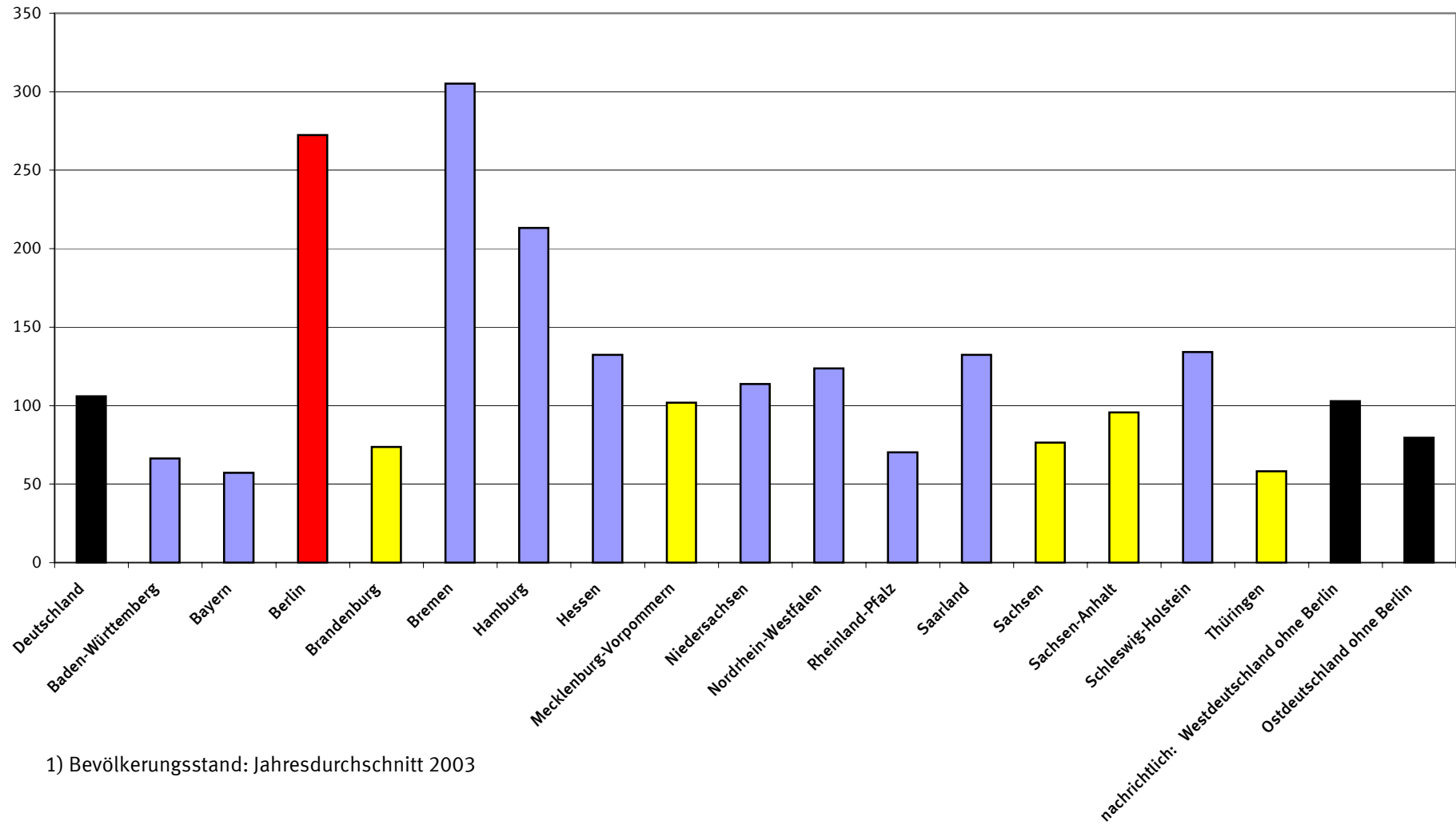


Tabelle 2.1

**Sozialhilfeempfänger/-innen im engeren Sinne¹⁾ nach Staatsangehörigkeit
am Jahresende 2003**

Land	Insgesamt		Deutsche			Ausländer		
	Anzahl	Sozialhilfe- quote in % ²⁾	Anzahl	Sozialhilfe- quote in % ²⁾	% Anteil (Spalte 3/ Spalte1)	Anzahl	Sozialhilfe- quote in % ²⁾	% Anteil (Spalte 6/ Spalte1)
	1	2	3	4	5	6	7	8
Deutschland	2 811 203	3,4	2 194 269	2,9	78,1	616 934	8,4	21,9
Baden-Württemberg.....	228 190	2,1	166 694	1,8	73,1	61 496	4,8	26,9
Bayern.....	223 198	1,8	166 582	1,5	74,6	56 616	4,8	25,4
Berlin.....	260 535	7,7	189 065	6,4	72,6	71 470	16,0	27,4
Brandenburg.....	76 160	3,0	71 747	2,9	94,2	4 413	6,5	5,8
Bremen.....	60 981	9,2	44 144	7,6	72,4	16 837	20,0	27,6
Hamburg.....	119 239	6,9	86 103	5,8	72,2	33 136	13,1	27,8
Hessen.....	237 217	3,9	159 925	3,0	67,4	77 292	11,0	32,6
Mecklenburg-Vorpommern.....	65 646	3,8	60 866	3,6	92,7	4 780	12,0	7,3
Niedersachsen.....	311 923	3,9	251 673	3,4	80,7	60 250	11,2	19,3
Nordrhein-Westfalen.....	682 909	3,8	515 760	3,2	75,5	167 149	8,5	24,5
Rheinland-Pfalz.....	102 830	2,5	83 778	2,2	81,5	19 052	6,1	18,5
Saarland.....	43 422	4,1	35 334	3,6	81,4	8 088	8,9	18,6
Sachsen.....	133 256	3,1	122 577	2,9	92,0	10 679	9,0	8,0
Sachsen-Anhalt.....	95 204	3,8	88 682	3,6	93,1	6 522	12,9	6,9
Schleswig-Holstein.....	115 009	4,1	98 658	3,7	85,8	16 351	10,7	14,2
Thüringen.....	55 484	2,3	52 681	2,3	94,9	2 803	5,9	5,1
nachrichtlich:								
Westdeutschland ohne Berlin.....	2 124 918	3,2	1 608 651	2,7	75,7	516 267	7,9	24,3
Ostdeutschland ohne Berlin.....	425 750	3,1	396 553	3,0	93,1	29 197	9,0	6,9

1) Empfänger/-innen von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen.

2) Anteil an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe in %.

Schaubild 2.1.1
 Sozialhilfeempfänger/-innen im engeren Sinne¹⁾ nach Staatsangehörigkeit am Jahresende 2003
 Sozialhilfequote in %²⁾

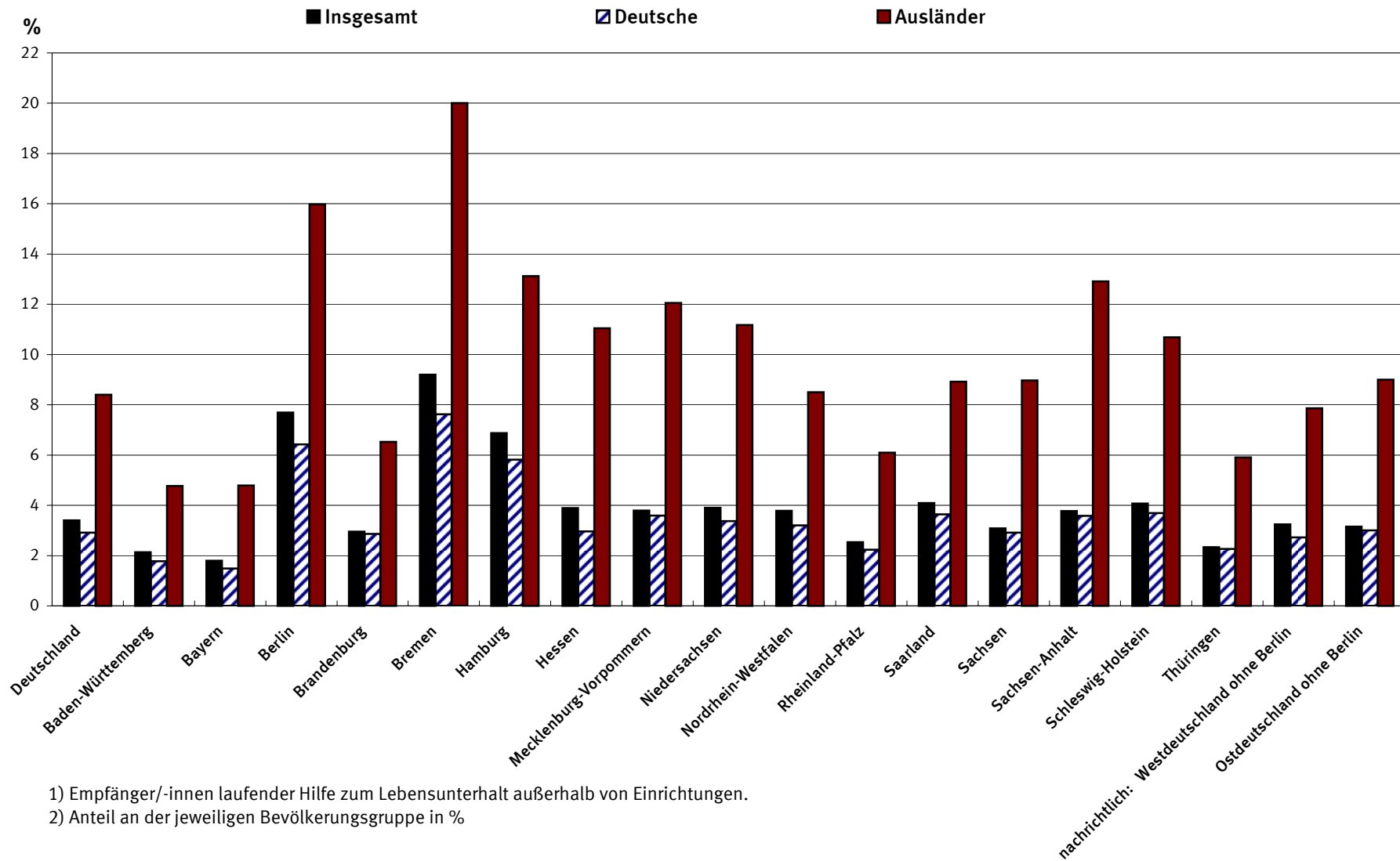
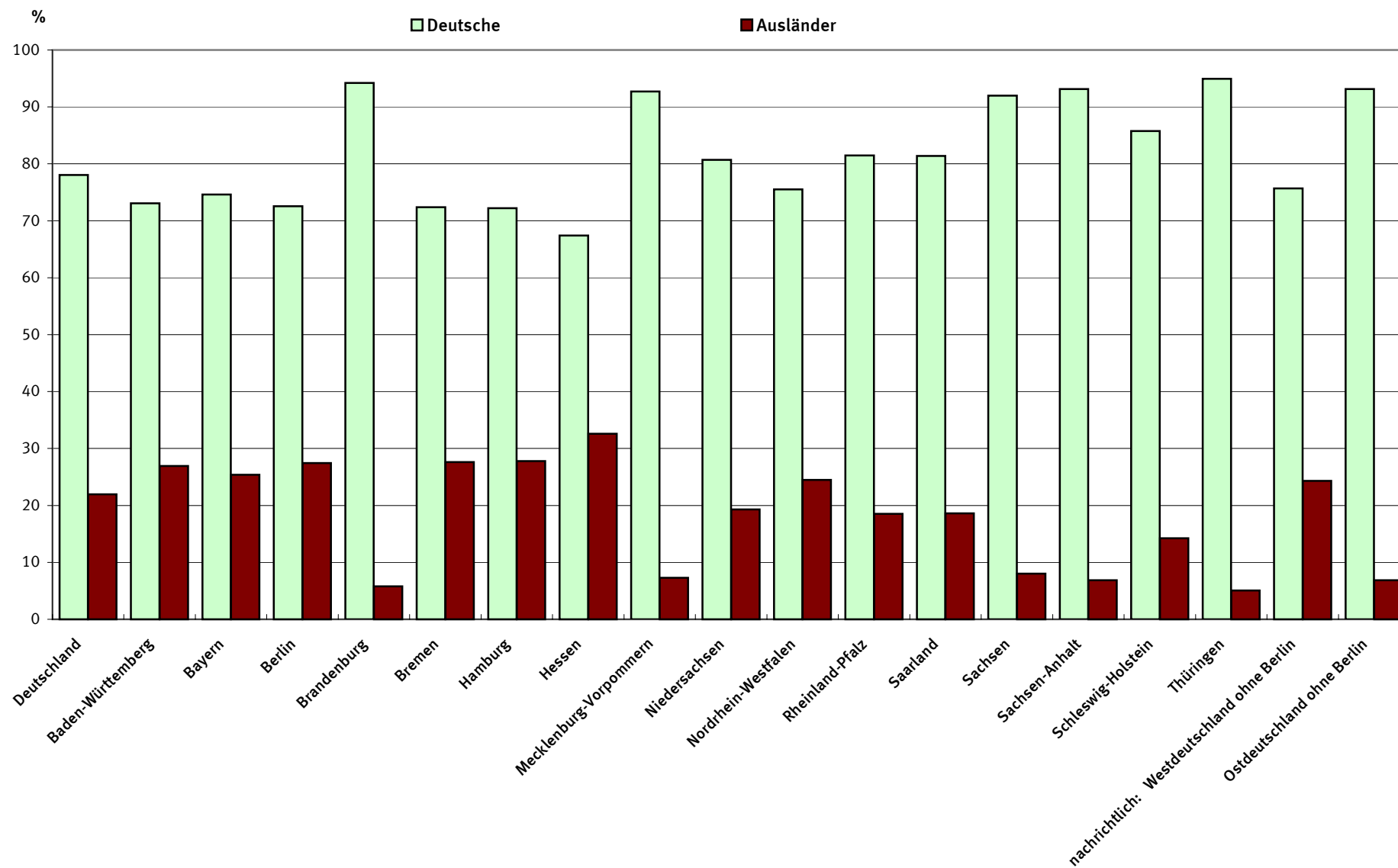


Schaubild 2.1.2
Sozialhilfeempfänger/-innen im engeren Sinne¹⁾ nach Staatsangehörigkeit am Jahresende 2003
Anteil an den Empfängern je Land



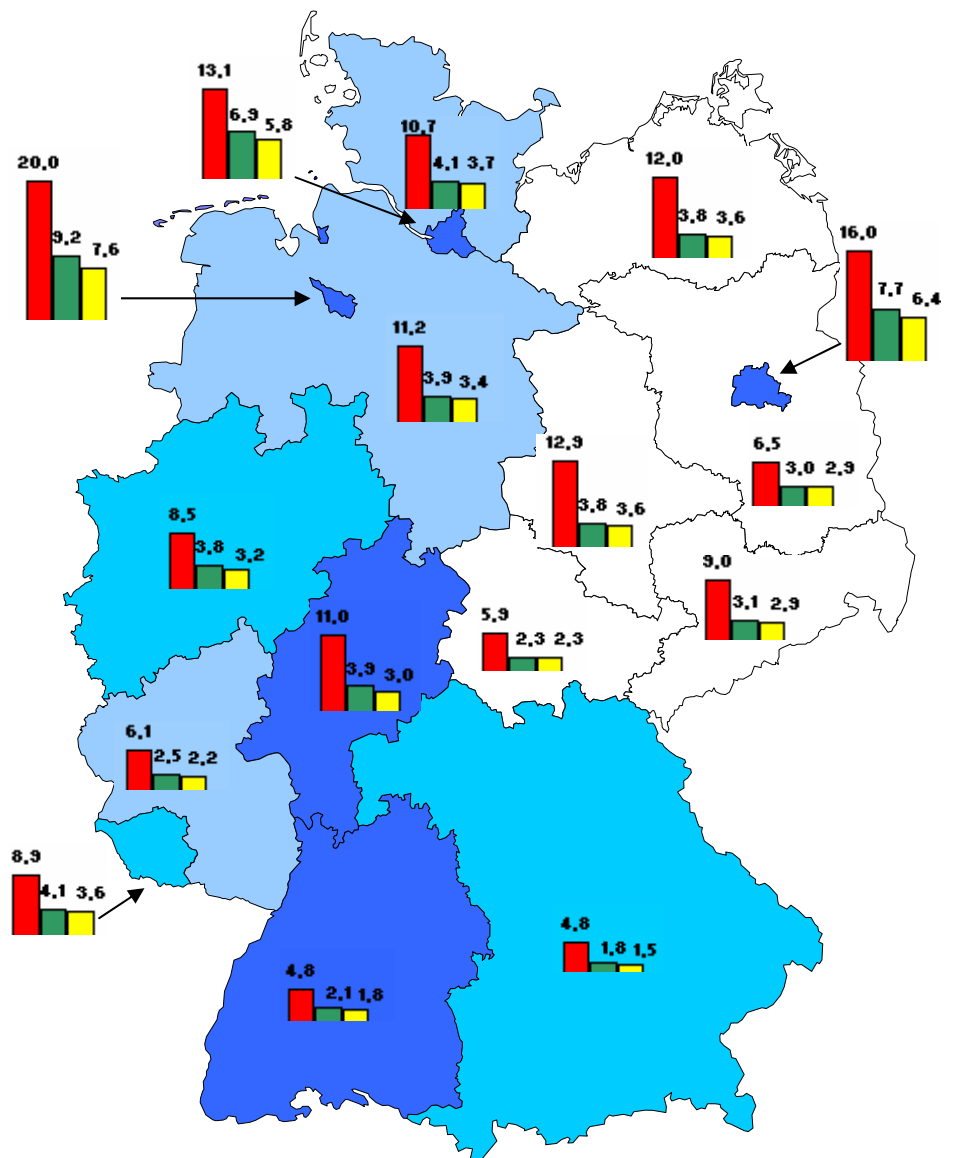
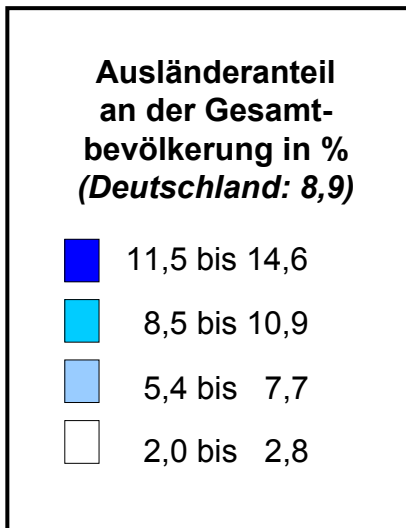
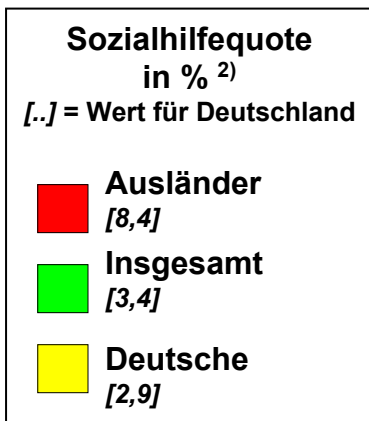
1) Empfänger/-innen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen.

Schaubild 2.2

Empfänger/-innen von Sozialhilfe im engeren Sinne¹⁾ am Jahresende 2003

Sozialhilfequote

- Anteil der jeweiligen Bevölkerungsgruppe -



Bevölkerungsstand: 31.12.2003

1) Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen

2) Anteil der Sozialhilfebezieher an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe

Tabelle 3.1

Sozialhilfeempfänger/-innen im engeren Sinne¹⁾ nach Altersklassen
am Jahresende 2003

Land	Insgesamt		Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren											
			unter 18			18 - 40			40 - 60			60 und älter		
	Anzahl	Durchschnitts- alter in Jahren	Anzahl	Sozial- hilfequote 2)	% Anteil (Spalte 3/ Spalte 1)	Anzahl	Sozial- hilfequote 2)	% Anteil (Spalte 6/ Spalte 1)	Anzahl	Sozial- hilfequote 2)	% Anteil (Spalte 9/ Spalte 1)	Anzahl	Sozial- hilfequote 2)	% Anteil (Spalte 12/ Spalte 1)
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Deutschland	2 811 203	27,7	1 078 925	7,2	38,4	968 122	4,0	34,4	564 801	2,5	20,1	199 355	1,0	7,1
Baden-Württemberg.....	228 190	28,1	89 636	4,3	39,3	74 313	2,3	32,6	45 733	1,6	20,0	18 508	0,7	8,1
Bayern.....	223 198	29,1	82 889	3,5	37,1	72 061	1,9	32,3	48 776	1,4	21,9	19 472	0,7	8,7
Berlin.....	260 535	28,7	92 053	17,4	35,3	94 761	8,5	36,4	53 609	5,6	20,6	20 112	2,6	7,7
Brandenburg.....	76 160	25,2	27 660	6,7	36,3	31 740	4,3	41,7	14 426	1,9	18,9	2 334	0,4	3,1
Bremen.....	60 981	28,6	23 012	21,1	37,7	20 454	10,3	33,5	12 919	7,2	21,2	4 596	2,6	7,5
Hamburg.....	119 239	30,2	41 012	14,8	34,4	39 683	6,8	33,3	28 439	6,2	23,9	10 105	2,4	8,5
Hessen.....	237 217	28,9	88 927	8,0	37,5	78 203	4,3	33,0	51 052	3,0	21,5	19 035	1,3	8,0
Mecklenburg-Vorpommern....	65 646	25,2	23 638	8,5	36,0	27 616	5,5	42,1	12 367	2,4	18,8	2 025	0,5	3,1
Niedersachsen.....	311 923	27,0	128 053	8,2	41,1	103 924	4,5	33,3	57 928	2,7	18,6	22 018	1,1	7,1
Nordrhein-Westfalen.....	682 909	28,1	268 630	7,8	39,3	223 626	4,3	32,7	137 013	2,8	20,1	53 640	1,2	7,9
Rheinland-Pfalz.....	102 830	28,8	40 472	5,2	39,4	31 879	2,8	31,0	20 244	1,8	19,7	10 235	1,0	10,0
Saarland.....	43 422	27,9	16 839	9,1	38,8	14 297	4,9	32,9	9 348	3,0	21,5	2 938	1,0	6,8
Sachsen.....	133 256	24,6	51 058	8,0	38,3	54 803	4,5	41,1	23 488	1,9	17,6	3 907	0,3	2,9
Sachsen-Anhalt.....	95 204	24,9	36 634	9,6	38,5	38 137	5,4	40,1	17 509	2,4	18,4	2 924	0,4	3,1
Schleswig-Holstein.....	115 009	26,7	46 108	8,6	40,1	39 862	5,0	34,7	22 880	3,0	19,9	6 159	0,9	5,4
Thüringen.....	55 484	23,6	22 304	6,2	40,2	22 763	3,3	41,0	9 070	1,3	16,3	1 347	0,2	2,4
nachrichtlich:														
Westdeutschland ohne Berlin.	2 124 918	28,2	825 578	6,6	38,9	698 302	3,6	32,9	434 332	2,4	20,4	166 706	1,0	7,8
Ostdeutschland ohne Berlin...	425 750	24,7	161 294	7,8	37,9	175 059	4,5	41,1	76 860	1,9	18,1	12 537	0,3	2,9

1) Empfänger/-innen von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen.

2) Anteil an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe in %.

Schaubild 3.1
Sozialhilfeempfänger/-innen im engeren Sinne¹⁾ nach Altersklassen am Jahresende 2003
Sozialhilfequoten nach Altersgruppen²⁾

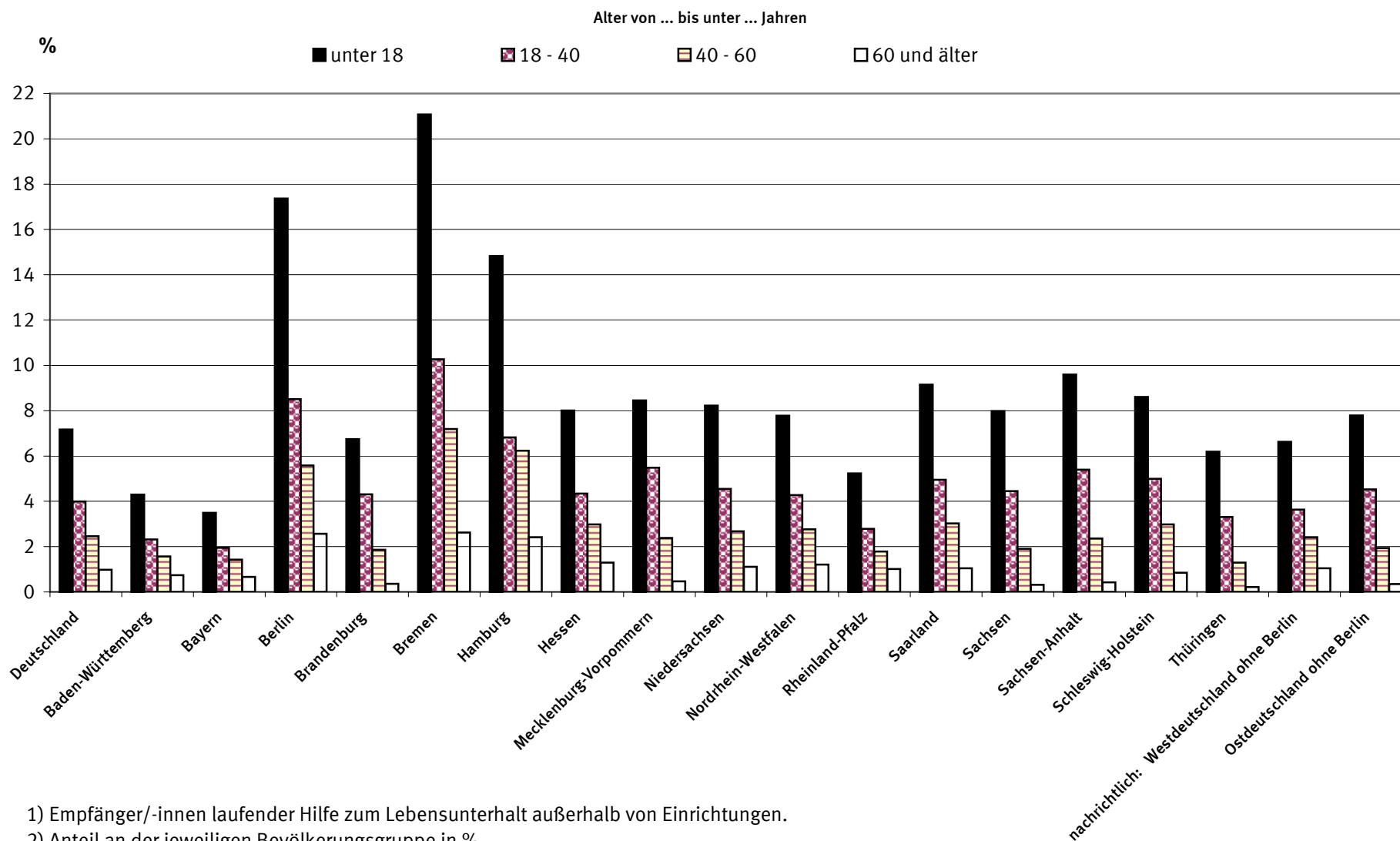


Schaubild 3.2
Sozialhilfeempfänger/-innen im engeren Sinne¹⁾ nach Altersklassen am Jahresende 2003
Anteil an den Empfängern je Land nach Altersgruppen

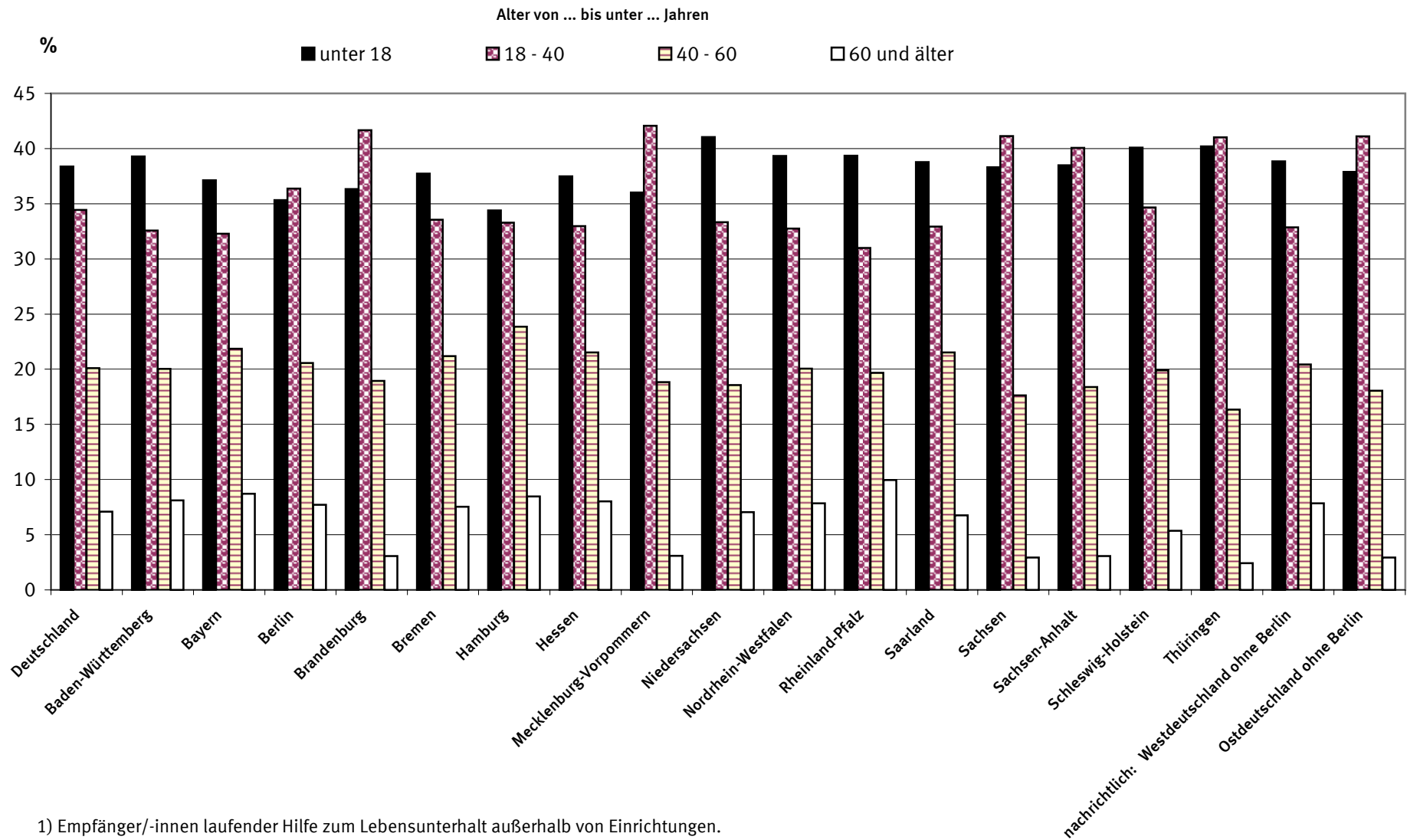


Tabelle 4.1

**Haushalte von Sozialhilfeempfänger/-innen im engeren Sinne ¹⁾
am Jahresende 2003**

Haushaltsgröße

Land	Haushalte insgesamt ²⁾	Davon mit einer Haushaltsgröße von ... Personen							
		1		2		3		4 und mehr	
		Anzahl	% Anteil (Spalte 2/ Spalte 1)	Anzahl	% Anteil (Spalte 4/ Spalte 1)	Anzahl	% Anteil (Spalte 6/ Spalte 1)	Anzahl	% Anteil (Spalte 8/ Spalte 1)
		1	2	3	4	5	6	7	8
Deutschland	1 237 640	602 045	48,6	295 922	23,9	183 330	14,8	156 343	12,6
Baden-Württemberg.....	101 478	47 440	46,7	26 139	25,8	15 556	15,3	12 343	12,2
Bayern.....	103 045	50 556	49,1	26 673	25,9	15 172	14,7	10 644	10,3
Berlin.....	123 167	70 375	57,1	23 379	19,0	14 594	11,8	14 819	12,0
Brandenburg.....	35 726	17 400	48,7	8 915	25,0	5 480	15,3	3 931	11,0
Bremen.....	27 315	15 110	55,3	5 729	21,0	3 430	12,6	3 046	11,2
Hamburg.....	59 457	34 426	57,9	11 571	19,5	7 159	12,0	6 301	10,6
Hessen.....	104 695	52 140	49,8	23 859	22,8	14 830	14,2	13 866	13,2
Mecklenburg-Vorpommern.....	31 320	15 306	48,9	7 758	24,8	4 753	15,2	3 503	11,2
Niedersachsen.....	133 225	61 124	45,9	31 788	23,9	20 860	15,7	19 453	14,6
Nordrhein-Westfalen.....	279 241	128 807	46,1	69 680	25,0	43 095	15,4	37 659	13,5
Rheinland-Pfalz.....	44 291	19 963	45,1	11 186	25,3	7 010	15,8	6 132	13,8
Saarland.....	18 883	8 726	46,2	4 640	24,6	2 947	15,6	2 570	13,6
Sachsen.....	56 210	24 432	43,5	14 902	26,5	9 565	17,0	7 311	13,0
Sachsen-Anhalt.....	43 503	20 593	47,3	10 865	25,0	6 668	15,3	5 377	12,4
Schleswig-Holstein.....	51 243	24 757	48,3	12 130	23,7	8 027	15,7	6 329	12,4
Thüringen.....	24 841	10 890	43,8	6 708	27,0	4 184	16,8	3 059	12,3
nachrichtlich:									
Westdeutschland ohne Berlin.....	922 873	443 049	48,0	223 395	24,2	138 086	15,0	118 343	12,8
Ostdeutschland ohne Berlin.....	191 600	88 621	46,3	49 148	25,7	30 650	16,0	23 181	12,1

1) Empfänger/-innen von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen.

2) Nicht enthalten sind hier rund 183 000 Bedarfsgemeinschaften, die mit Personen in einem Haushalt leben, die selber nicht Sozialhilfe beziehen.

Schaubild 4.1
Haushalte von Sozialhilfeempfänger/-innen im engeren Sinne¹ nach Haushaltsgröße² am Jahresende 2003
Anteil an den Empfängerhaushalten je Land

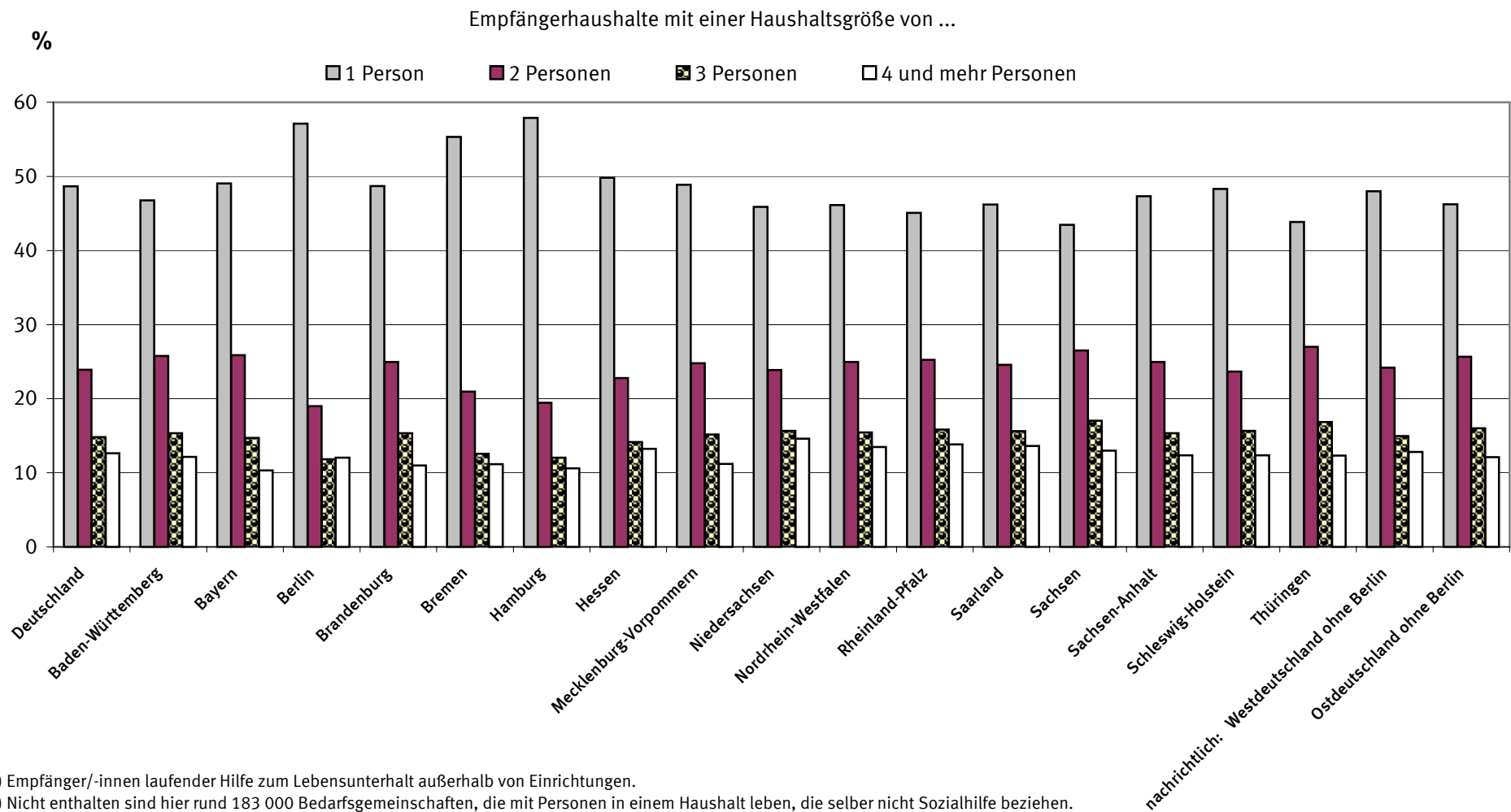


Tabelle 4.2.1

**Haushalte von Sozialhilfeempfänger/-innen im engeren Sinne¹⁾
am Jahresende 2003**

Haushaltstyp

Land	Haushalte insgesamt	Davon							
		Ehepaare		allein Stehende			allein erziehende...		Sonstige Haushalte
		ohne Kinder ²⁾	mit Kindern ²⁾	zusammen	davon		Männer	Frauen	
					Männer	Frauen			
Deutschland	1 423 549	97 933	156 207	571 061	296 712	274 349	12 073	352 127	234 148
Baden-Württemberg.....	114 620	8 101	11 827	42 100	21 818	20 282	818	31 855	19 919
Bayern.....	117 885	8 691	11 328	48 473	25 615	22 858	881	31 916	16 596
Berlin.....	139 889	8 243	14 920	71 001	41 457	29 544	1 265	26 113	18 347
Brandenburg.....	39 721	1 986	3 478	15 110	9 041	6 069	332	9 623	9 192
Bremen.....	31 983	2 086	3 351	14 235	7 320	6 915	276	7 514	4 521
Hamburg.....	65 911	4 665	7 452	32 221	18 015	14 206	550	13 804	7 219
Hessen.....	119 203	8 622	14 026	47 273	24 341	22 932	929	26 698	21 655
Mecklenburg-Vorpommern.....	34 082	1 778	2 773	13 667	8 423	5 244	324	8 133	7 407
Niedersachsen.....	148 469	9 700	16 474	54 710	26 798	27 912	1 339	37 808	28 438
Nordrhein-Westfalen.....	339 860	28 854	45 512	131 388	59 532	71 856	2 995	87 688	43 423
Rheinland-Pfalz.....	50 520	3 494	4 659	17 838	7 753	10 085	406	12 565	11 558
Saarland.....	21 575	1 342	2 182	8 246	3 557	4 689	153	5 244	4 408
Sachsen.....	67 097	3 738	6 520	26 509	15 133	11 376	635	17 894	11 801
Sachsen-Anhalt.....	47 696	2 295	3 864	17 311	10 521	6 790	436	11 911	11 879
Schleswig-Holstein.....	57 750	3 170	5 657	22 275	12 210	10 065	487	15 389	10 772
Thüringen.....	27 288	1 168	2 184	8 704	5 178	3 526	247	7 972	7 013
nachrichtlich:									
Westdeutschland ohne Berlin.....	1 067 776	78 725	122 468	418 759	206 959	211 800	8 834	270 481	168 509
Ostdeutschland ohne Berlin.....	215 884	10 965	18 819	81 301	48 296	33 005	1 974	55 533	47 292

1) Empfänger/-innen von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen.

2) Kinder unter 18 Jahren.

Tabelle 4.2.2

Haushalte von Sozialhilfeempfänger/-innen im engeren Sinne¹⁾
am Jahresende 2003

Haushaltstyp

Land	Haushalte insgesamt	Davon							
		Ehepaare		allein Stehende			allein erziehende...		Sonstige Haushalte
		ohne Kinder ²⁾	mit Kindern ²⁾	zusammen	davon		Männer	Frauen	
					Männer	Frauen			
					Anteil vom Insgesamt in %				
Deutschland	1 423 549	6,9	11,0	40,1	20,8	19,3	0,8	24,7	16,4
Baden-Württemberg.....	114 620	7,1	10,3	36,7	19,0	17,7	0,7	27,8	17,4
Bayern.....	117 885	7,4	9,6	41,1	21,7	19,4	0,7	27,1	14,1
Berlin.....	139 889	5,9	10,7	50,8	29,6	21,1	0,9	18,7	13,1
Brandenburg.....	39 721	5,0	8,8	38,0	22,8	15,3	0,8	24,2	23,1
Bremen.....	31 983	6,5	10,5	44,5	22,9	21,6	0,9	23,5	14,1
Hamburg.....	65 911	7,1	11,3	48,9	27,3	21,6	0,8	20,9	11,0
Hessen.....	119 203	7,2	11,8	39,7	20,4	19,2	0,8	22,4	18,2
Mecklenburg-Vorpommern.....	34 082	5,2	8,1	40,1	24,7	15,4	1,0	23,9	21,7
Niedersachsen.....	148 469	6,5	11,1	36,8	18,0	18,8	0,9	25,5	19,2
Nordrhein-Westfalen.....	339 860	8,5	13,4	38,7	17,5	21,1	0,9	25,8	12,8
Rheinland-Pfalz.....	50 520	6,9	9,2	35,3	15,3	20,0	0,8	24,9	22,9
Saarland.....	21 575	6,2	10,1	38,2	16,5	21,7	0,7	24,3	20,4
Sachsen.....	67 097	5,6	9,7	39,5	22,6	17,0	0,9	26,7	17,6
Sachsen-Anhalt.....	47 696	4,8	8,1	36,3	22,1	14,2	0,9	25,0	24,9
Schleswig-Holstein.....	57 750	5,5	9,8	38,6	21,1	17,4	0,8	26,6	18,7
Thüringen.....	27 288	4,3	8,0	31,9	19,0	12,9	0,9	29,2	25,7
nachrichtlich:									
Westdeutschland ohne Berlin.....	1 067 776	7,4	11,5	39,2	19,4	19,8	0,8	25,3	15,8
Ostdeutschland ohne Berlin.....	215 884	5,1	8,7	37,7	22,4	15,3	0,9	25,7	21,9

1) Empfänger/-innen von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen.

2) Kinder unter 18 Jahren.

Schaubild 4.2
Haushalte von Sozialhilfeempfänger/-innen im engeren Sinne¹ am Jahresende 2003
Anteil an allen Haushalten je Land in %
Haushaltstyp

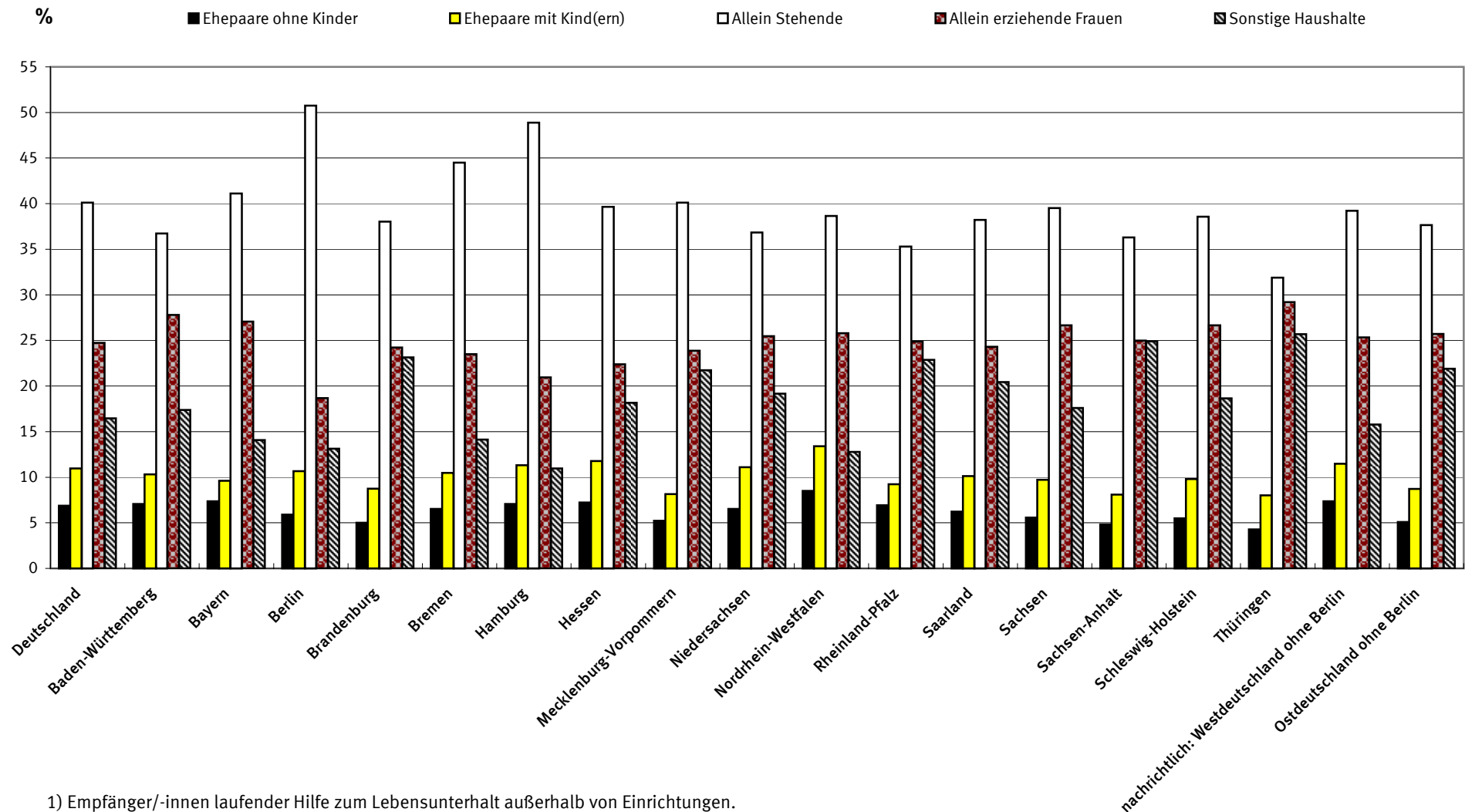


Tabelle 4.3

**Haushalte von Sozialhilfeempfänger/-innen im engeren Sinne¹⁾
am Jahresende 2003**

Land	Haushalte insgesamt	Darunter					
		Ausgewählte Haushalte mit 2 und mehr Kindern ²⁾		davon			
				Ehepaare mit 2 und mehr Kindern ²⁾		allein erziehende Frauen mit 2 und mehr Kindern ²⁾	
	Anzahl	%-Anteil (Spalte 2/ Spalte 1)		Anzahl	%-Anteil (Spalte 4/ Spalte 1)	Anzahl	%-Anteil (Spalte 6/ Spalte 1)
	1	2	3	4	5	6	7
Deutschland	1 423 549	250 628	17,6	93 626	6,6	157 002	11,0
Baden-Württemberg.....	114 620	21 587	18,8	7 126	6,2	14 461	12,6
Bayern.....	117 885	20 083	17,0	6 202	5,3	13 881	11,8
Berlin.....	139 889	21 025	15,0	9 680	6,9	11 345	8,1
Brandenburg.....	39 721	5 495	13,8	1 878	4,7	3 617	9,1
Bremen.....	31 983	5 489	17,2	2 103	6,6	3 386	10,6
Hamburg.....	65 911	10 441	15,8	4 253	6,5	6 188	9,4
Hessen.....	119 203	20 951	17,6	8 772	7,4	12 179	10,2
Mecklenburg-Vorpommern.....	34 082	4 583	13,4	1 479	4,3	3 104	9,1
Niedersachsen.....	148 469	28 501	19,2	10 577	7,1	17 924	12,1
Nordrhein-Westfalen.....	339 860	67 566	19,9	27 080	8,0	40 486	11,9
Rheinland-Pfalz.....	50 520	8 789	17,4	2 802	5,5	5 987	11,9
Saarland.....	21 575	3 605	16,7	1 315	6,1	2 290	10,6
Sachsen.....	67 097	10 609	15,8	3 539	5,3	7 070	10,5
Sachsen-Anhalt.....	47 696	6 918	14,5	2 155	4,5	4 763	10,0
Schleswig-Holstein.....	57 750	10 635	18,4	3 465	6,0	7 170	12,4
Thüringen.....	27 288	4 351	15,9	1 200	4,4	3 151	11,5
nachrichtlich:							
Westdeutschland ohne Berlin.....	1 067 776	197 647	18,5	73 695	6,9	123 952	11,6
Ostdeutschland ohne Berlin.....	215 884	31 956	14,8	10 251	4,7	21 705	10,1

1) Empfänger/-innen von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen.

2) Kinder unter 18 Jahren.

Schaubild 4.3

Haushalte von Sozialhilfeempfänger/-innen im engeren Sinne¹⁾ am Jahresende 2003
Anteil der Haushalte mit zwei und mehr Kindern an allen Empfängerhaushalten²⁾

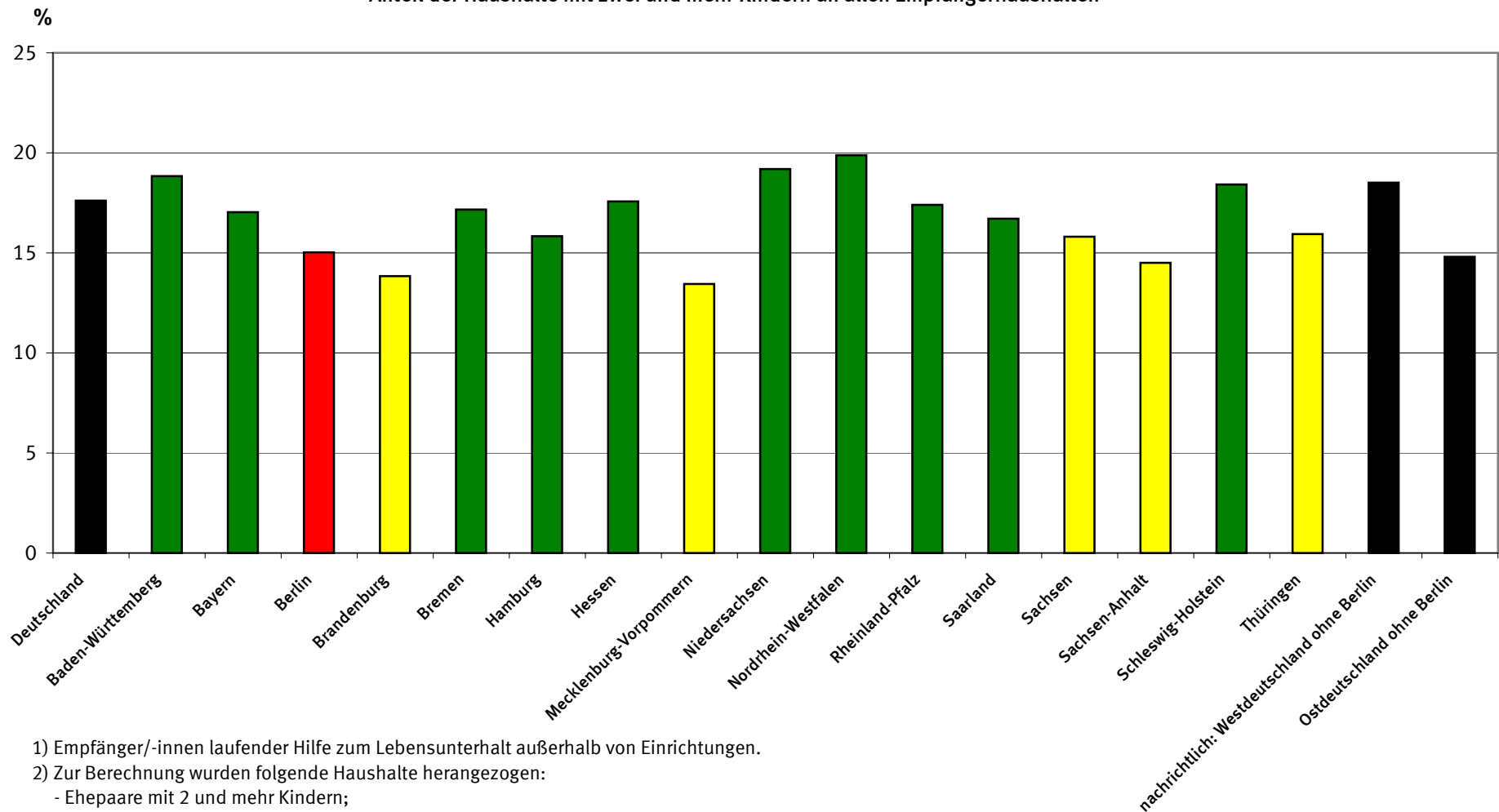


Tabelle 5.1

Haushalte von Sozialhilfeempfänger/-innen im engeren Sinne¹⁾
am Jahresende 2003
Bedarfsentstehung und Bedarfsdeckung

Land	Haushalte insgesamt	Durchschnittliche monatliche Beträge in EUR				
		Brutto- bedarf	davon		angerech- netes Einkommen	Netto- anspruch
			Brutto- kalt- miete	Regelbedarf etc. ²⁾		
	Anzahl	EUR (gerundet)				
Deutschland	1 423 549	864	299	565	467	397
Baden-Württemberg.....	114 620	889	309	580	484	405
Bayern.....	117 885	829	293	536	434	395
Berlin.....	139 889	868	322	546	447	421
Brandenburg.....	39 721	760	236	524	462	298
Bremen.....	31 983	875	302	573	478	397
Hamburg.....	65 911	865	387	477	451	414
Hessen.....	119 203	909	321	588	452	457
Mecklenburg-Vorpommern.....	34 082	773	241	532	449	324
Niedersachsen.....	148 469	923	303	620	508	415
Nordrhein-Westfalen.....	339 860	879	305	574	469	410
Rheinland-Pfalz.....	50 520	852	276	576	465	387
Saarland.....	21 575	855	279	576	470	385
Sachsen.....	67 097	782	241	541	478	304
Sachsen-Anhalt.....	47 696	779	232	546	457	321
Schleswig-Holstein.....	57 750	889	295	594	478	411
Thüringen.....	27 288	760	216	544	459	301
nachrichtlich:						
Westdeutschland ohne Berlin.....	1 067 776	882	308	574	470	412
Ostdeutschland ohne Berlin.....	215 884	773	235	538	464	309

1) Empfänger/-innen von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen.

2) Regelsätze, lfd. Heizkosten, ggfs. Mehrbedarfszuschläge, Krankenversicherungsbeiträge, etc.

Schaubild 5.1.1
Haushalte von Sozialhilfeempfänger/-innen im engeren Sinne¹⁾ am Jahresende 2003
Durchschnittliche monatliche Beträge in EUR
Bedarfsentstehung

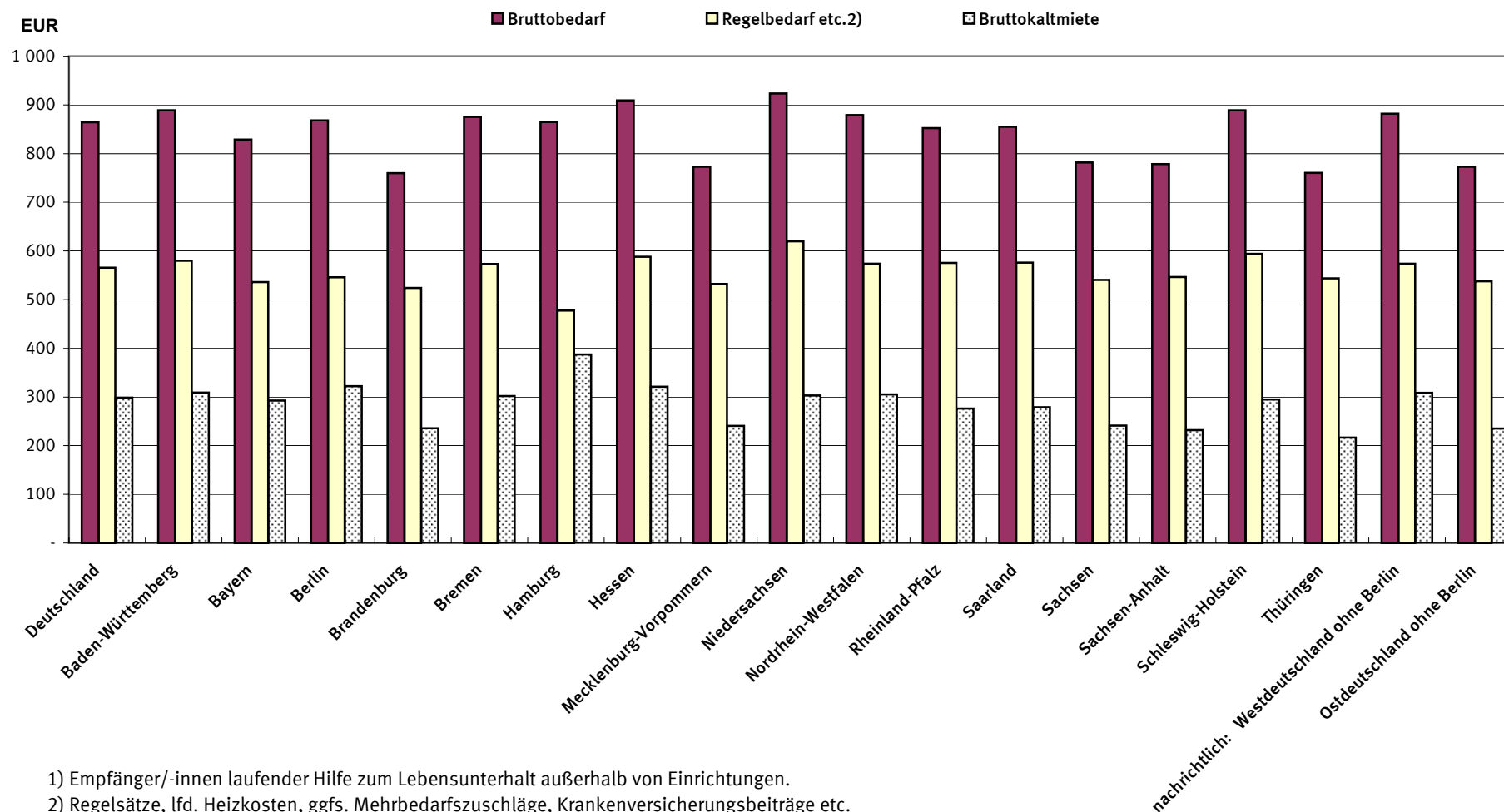


Schaubild 5.1.2
Haushalte von Sozialhilfeempfänger/-innen im engeren Sinne¹⁾ am Jahresende 2003
Durchschnittliche monatliche Beträge in EUR
Bedarfsdeckung

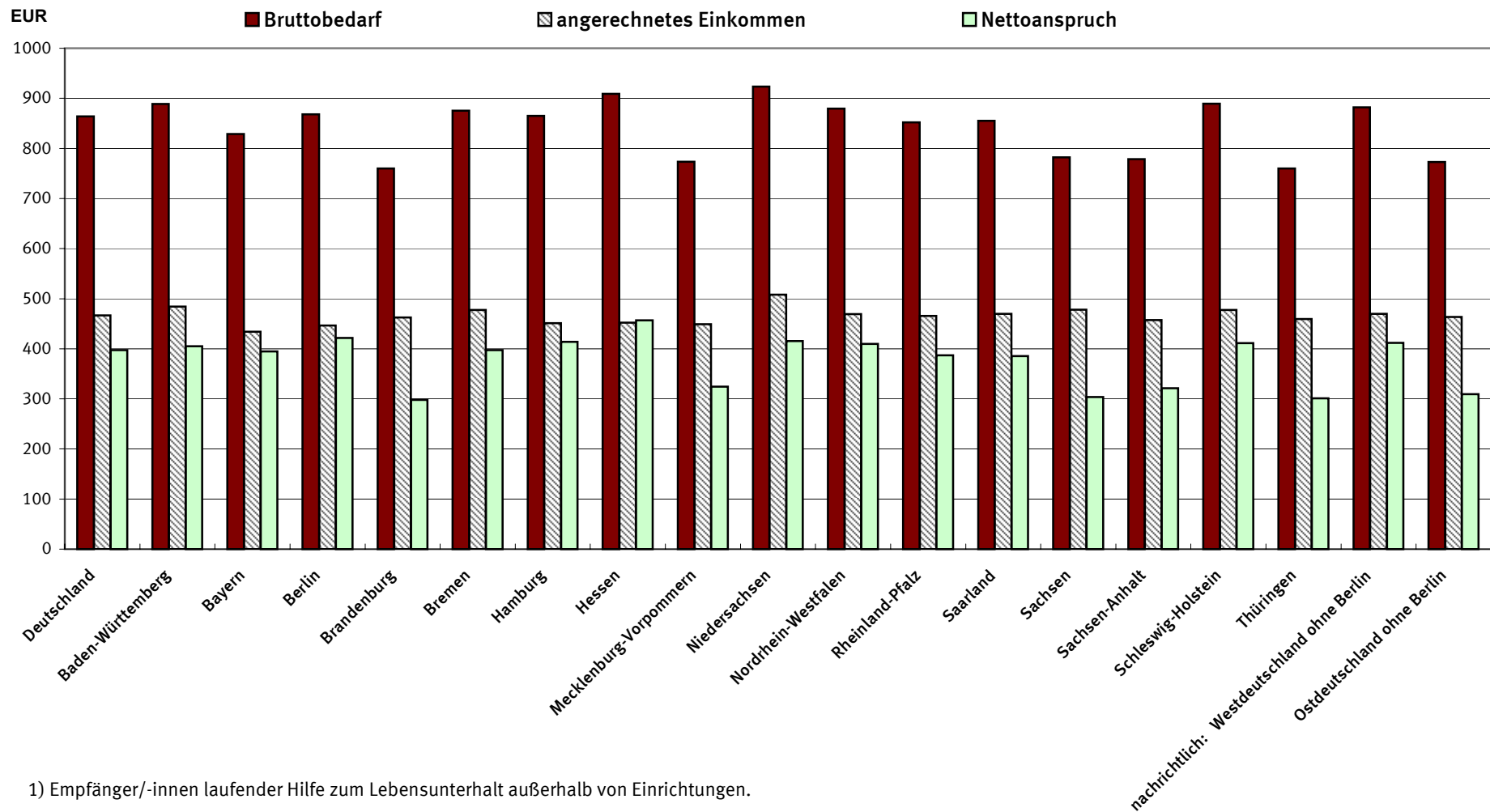


Tabelle 5.2

Haushalte von Sozialhilfeempfänger/-innen im engeren Sinne¹⁾
am Jahresende 2003
Bedarfsentstehung und Bedarfsdeckung

Land	Durchschnittliche monatliche Beträge in EUR				
	Brutto- bedarf	davon		angerech- netes Einkommen	Netto- anspruch
		Brutto- kalt- miete	Regelbedarf etc. ²⁾		
	EUR (gerundet)				
Deutschland	864	299	565	467	397
	Abweichung vom ø Deutschland				
Baden-Württemberg.....	+ 25	+ 11	+ 14	+ 17	+ 7
Bayern.....	- 35	- 6	- 29	- 32	- 3
Berlin.....	+ 4	+ 24	- 20	- 20	+ 24
Brandenburg.....	- 104	- 63	- 41	- 4	- 100
Bremen.....	+ 11	+ 3	+ 8	+ 11	+ 0
Hamburg.....	+ 1	+ 89	- 88	- 16	+ 16
Hessen.....	+ 45	+ 23	+ 23	- 14	+ 60
Mecklenburg-Vorpommern.....	- 91	- 58	- 33	- 18	- 73
Niedersachsen.....	+ 59	+ 5	+ 54	+ 41	+ 18
Nordrhein-Westfalen.....	+ 15	+ 7	+ 8	+ 3	+ 12
Rheinland-Pfalz.....	- 12	- 22	+ 10	- 1	- 11
Saarland.....	- 9	- 19	+ 11	+ 3	- 12
Sachsen.....	- 82	- 57	- 25	+ 11	- 94
Sachsen-Anhalt.....	- 86	- 67	- 19	- 10	- 76
Schleswig-Holstein.....	+ 25	- 4	+ 29	+ 11	+ 14
Thüringen.....	- 104	- 82	- 22	- 7	- 96
nachrichtlich:					
Westdeutschland ohne Berlin.....	+ 18	+ 10	+ 8	+ 3	+ 15
Ostdeutschland ohne Berlin.....	- 91	- 64	- 28	- 3	- 88

1) Empfänger/-innen von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen.

2) Regelsätze, lfd. Heizkosten, ggfs. Mehrbedarfszuschläge, Krankenversicherungsbeiträge, etc.

Schaubild 5.2
Haushalte von Sozialhilfeempfänger/-innen im engeren Sinne¹⁾
am Jahresende 2003
Durchschnittlicher Anteil des Nettoanspruchs am Bruttobedarf in %

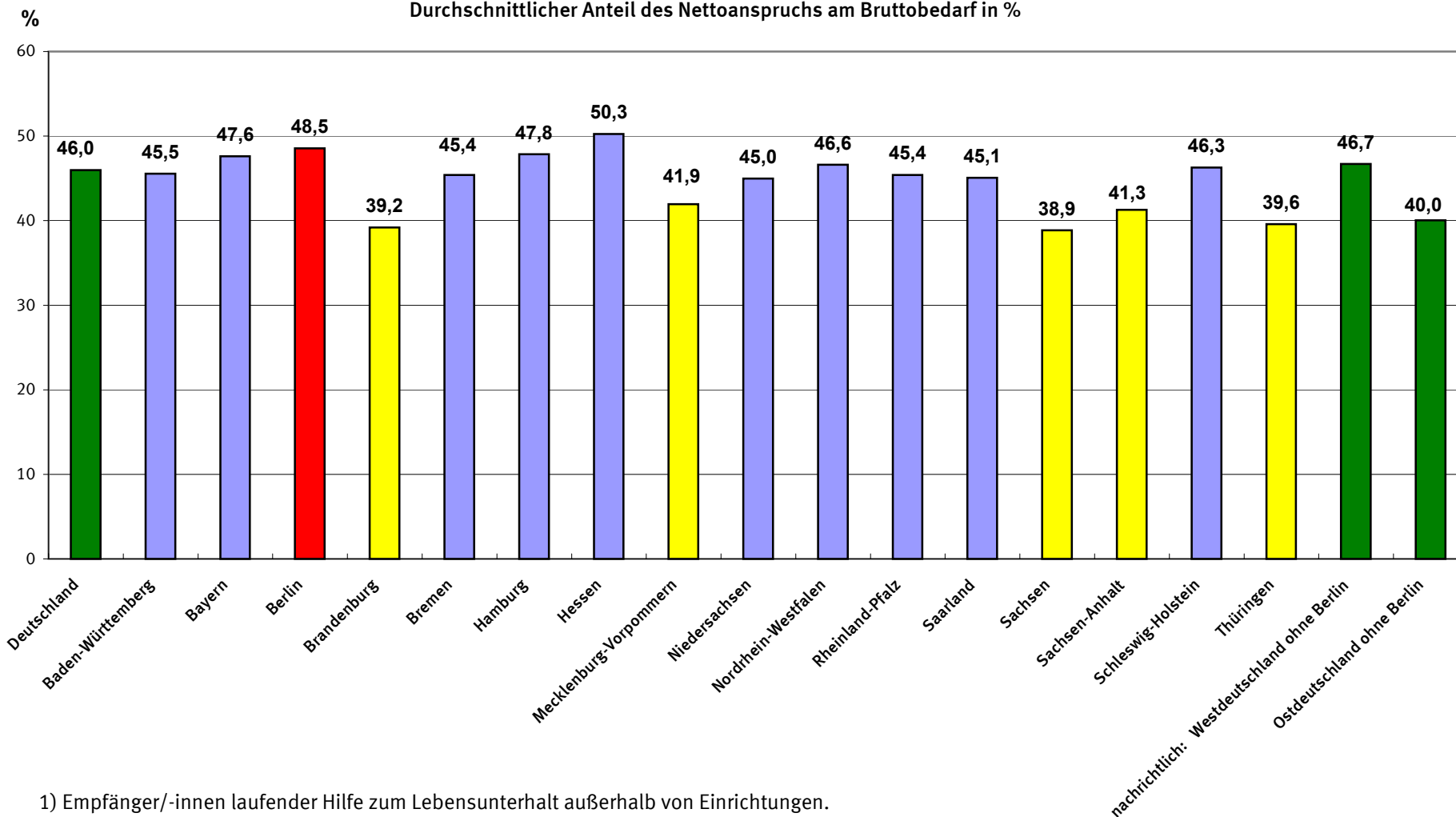


Tabelle 6.1

Sozialhilfe- und Arbeitslosenquote für das Jahr 2003

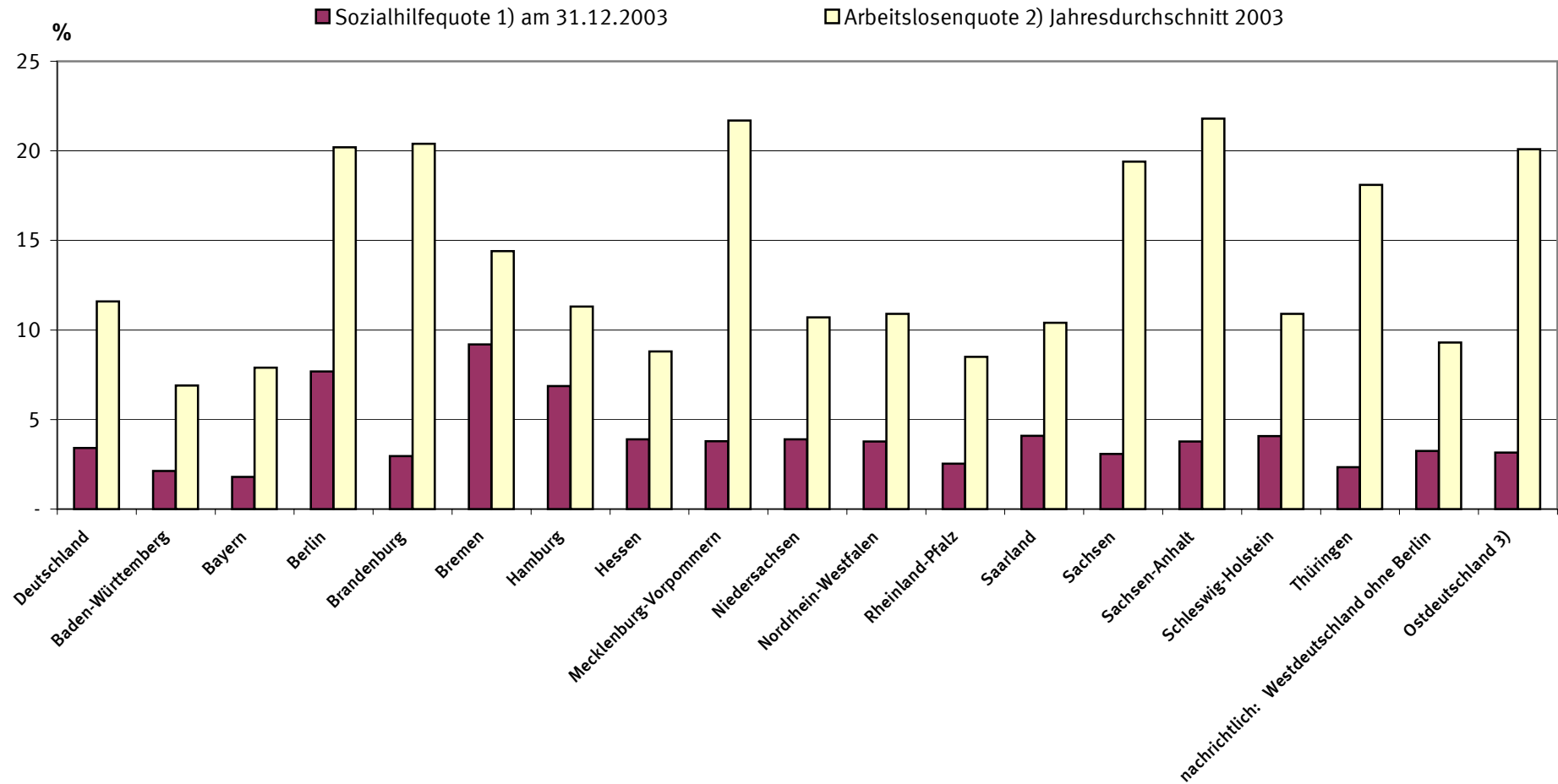
Land	Sozialhilfequote ¹⁾ 31.12.2003	Arbeitslosenquote ²⁾ Jahresdurchschnitt 2003
	%	
Deutschland.....	3,4	11,6
Baden-Württemberg.....	2,1	6,9
Bayern.....	1,8	7,9
Berlin.....	7,7	20,2
Brandenburg.....	3,0	20,4
Bremen.....	9,2	14,4
Hamburg.....	6,9	11,3
Hessen.....	3,9	8,8
Mecklenburg-Vorpommern.....	3,8	21,7
Niedersachsen.....	3,9	10,7
Nordrhein-Westfalen.....	3,8	10,9
Rheinland-Pfalz.....	2,5	8,5
Saarland.....	4,1	10,4
Sachsen.....	3,1	19,4
Sachsen-Anhalt.....	3,8	21,8
Schleswig-Holstein.....	4,1	10,9
Thüringen.....	2,3	18,1
nachrichtlich:		
Westdeutschland ohne Berlin.....	3,2	9,3
Ostdeutschland 3)	3,1	20,1

1) Anteil der Empfänger/-innen von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen an der jeweiligen Bevölkerung in %.

2) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte und Arbeitslose); Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg.

3) Sozialhilfequote berechnet ohne Berlin; Arbeitslosenquote berechnet mit Berlin.

Schaubild 6.1
Sozialhilfe- und Arbeitslosenquote für das Jahr 2003



- 1) Anteil der Empfänger/-innen von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen an der Bevölkerung in %.
- 2) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen, Quelle: Bundesagentur für Arbeit.
- 3) Sozialhilfequote berechnet ohne Berlin, Arbeitslosenquote berechnet mit Berlin.

Tabelle 7.1

**Sozialhilfeempfänger/-innen im engeren Sinne¹⁾
zum Jahresende nach Bundesländern**

Land	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
	Anzahl						
Baden-Württemberg	253 891	243 374	226 917	208 647	209 488	222 670	228 190
Bayern	246 643	238 454	223 131	210 570	211 787	224 263	223 198
Berlin	268 393	281 692	272 744	265 818	261 733	251 747	260 535
Brandenburg	55 230	57 866	57 644	58 095	65 861	71 227	76 160
Bremen	71 348	67 861	65 532	62 441	60 678	58 888	60 981
Hamburg	143 954	140 110	126 325	120 461	117 431	120 884	119 239
Hessen	262 196	252 817	242 408	233 321	229 344	239 189	237 217
Mecklenburg-Vorpommern	46 562	50 792	51 476	51 220	56 863	61 972	65 646
Niedersachsen	337 340	334 716	316 730	309 275	306 767	312 782	311 923
Nordrhein-Westfalen	695 116	689 731	694 573	646 718	659 367	653 743	682 909
Rheinland-Pfalz	123 277	114 623	109 583	101 862	100 067	102 399	102 830
Saarland	53 886	51 334	48 148	46 023	45 748	44 865	43 422
Sachsen	89 558	99 989	103 676	110 089	118 415	126 310	133 256
Sachsen-Anhalt	73 165	80 302	82 047	85 848	87 987 ²⁾	93 492	95 204
Schleswig-Holstein	123 780	125 319	122 585	119 007	117 086	119 818	115 009
Thüringen	48 839	50 342	48 960	47 724	50 240	52 963	55 484
Deutschland	2 893 178	2 879 322	2 792 479	2 677 119	2 698 862	2 757 212	2 811 203
nachrichtlich:							
Westdeutschland (ohne Berlin)	2 311 431	2 258 339	2 175 932	2 058 325	2 057 763	2 099 501	2 124 918
Ostdeutschland (ohne Berlin)	313 354	339 291	343 803	352 976	379 366	405 964	425 750

¹⁾ Empfänger/-innen von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen.

²⁾ Durch eine hier nicht berücksichtigte Nacherhebung kommt es zu einer Untererfassung von 879 Hilfeempfängern.

Tabelle 7.2

Sozialhilfequoten¹⁾ am Jahresende nach Ländern

Land	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
	in Prozent						
Baden-Württemberg	2,4	2,3	2,2	2,0	2,0	2,1	2,1
Bayern	2,0	2,0	1,8	1,7	1,7	1,8	1,8
Berlin	7,8	8,3	8,1	7,9	7,7	7,4	7,7
Brandenburg	2,1	2,2	2,2	2,2	2,5	2,8	3,0
Bremen	10,6	10,2	9,9	9,5	9,2	8,9	9,2
Hamburg	8,4	8,2	7,4	7,0	6,8	7,0	6,9
Hessen	4,3	4,2	4,0	3,8	3,8	3,9	3,9
Mecklenburg-Vorpommern	2,6	2,8	2,9	2,9	3,2	3,6	3,8
Niedersachsen	4,3	4,3	4,0	3,9	3,9	3,9	3,9
Nordrhein-Westfalen	3,9	3,8	3,9	3,6	3,7	3,6	3,8
Rheinland-Pfalz	3,1	2,8	2,7	2,5	2,5	2,5	2,5
Saarland	5,0	4,8	4,5	4,3	4,3	4,2	4,1
Sachsen	2,0	2,2	2,3	2,5	2,7	2,9	3,1
Sachsen-Anhalt	2,7	3,0	3,1	3,3	3,4	3,7	3,8
Schleswig-Holstein	4,5	4,5	4,4	4,3	4,2	4,3	4,1
Thüringen	2,0	2,0	2,0	2,0	2,1	2,2	2,3
Deutschland	3,5	3,5	3,4	3,3	3,3	3,3	3,4
nachrichtlich:							
Westdeutschland (ohne Berlin)	3,6	3,5	3,4	3,2	3,2	3,2	3,2
Ostdeutschland (ohne Berlin)	2,2	2,4	2,5	2,5	2,8	3,0	3,1

¹⁾ Anteil der Empfänger/-innen von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen an der jeweiligen Gesamtbevölkerung des entsprechenden Berichtsjahres.

Tabelle 8.1

Sozialhilfeempfänger/-innen im engeren Sinne¹⁾ nach möglichem Anspruch auf Leistungen nach dem Gesetz über eine bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (GSiG)

Vergleich der Berichtsjahre 2002 und 2003

Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen

Land	31.12.2002				31.12.2003				Veränderung 2002 zu 2003 in %			
	Empfänger Insgesamt	davon			Empfänger Insgesamt	davon			Empfänger Insgesamt	davon		
		unter 65 Jahre und nicht voll erwerbsgem.	voll erwerbs- gemindert (18 bis 64 J.)	65 Jahre und älter		unter 65 Jahre und nicht voll erwerbsgem.	voll erwerbs- gemindert (18 bis 64 J.)	65 Jahre und älter		unter 65 Jahre und nicht voll erwerbsgem.	voll erwerbs- gemindert (18 bis 64 J.)	65 Jahre und älter
Baden-Württemberg.....	222 670	199 947	4 524	18 199	228 190	215 537	3 210	9 443	+ 2,5	+ 7,8	- 29,0	- 48,1
Bayern.....	224 263	195 542	5 230	23 491	223 198	211 280	2 847	9 071	- 0,5	+ 8,0	- 45,6	- 61,4
Berlin.....	251 747	232 749	5 746	13 252	260 535	244 728	4 986	10 821	+ 3,5	+ 5,1	- 13,2	- 18,3
Brandenburg.....	71 227	68 170	764	2 293	76 160	74 807	520	833	+ 6,9	+ 9,7	- 31,9	- 63,7
Bremen.....	58 888	53 724	1 231	3 933	60 981	57 643	1 005	2 333	+ 3,6	+ 7,3	- 18,4	- 40,7
Hamburg.....	120 884	108 821	2 581	9 482	119 239	112 512	2 183	4 544	- 1,4	+ 3,4	- 15,4	- 52,1
Hessen.....	239 189	214 710	4 445	20 034	237 217	224 366	3 301	9 550	- 0,8	+ 4,5	- 25,7	- 52,3
Mecklenburg-Vorpommern.....	61 972	59 104	831	2 037	65 646	64 438	402	806	+ 5,9	+ 9,0	- 51,6	- 60,4
Niedersachsen.....	312 782	287 027	5 304	20 451	311 923	296 820	3 187	11 916	- 0,3	+ 3,4	- 39,9	- 41,7
Nordrhein-Westfalen.....	653 743	591 227	14 458	48 058	682 909	645 174	12 208	25 527	+ 4,5	+ 9,1	- 15,6	- 46,9
Rheinland-Pfalz.....	102 399	91 083	1 931	9 385	102 830	94 907	1 805	6 118	+ 0,4	+ 4,2	- 6,5	- 34,8
Saarland.....	44 865	40 208	995	3 662	43 422	41 633	487	1 302	- 3,2	+ 3,5	- 51,1	- 64,4
Sachsen.....	126 310	121 231	1 179	3 900	133 256	130 917	727	1 612	+ 5,5	+ 8,0	- 38,3	- 58,7
Sachsen-Anhalt.....	93 492	90 171	746	2 575	95 204	93 568	404	1 232	+ 1,8	+ 3,8	- 45,8	- 52,2
Schleswig-Holstein.....	119 818	110 850	2 046	6 922	115 009	111 732	1 044	2 233	- 4,0	+ 0,8	- 49,0	- 67,7
Thüringen.....	52 963	50 754	509	1 700	55 484	54 766	243	475	+ 4,8	+ 7,9	- 52,3	- 72,1
Deutschland	2 757 212	2 515 318	52 520	189 374	2 811 203	2 674 828	38 559	97 816	+ 2,0	+ 6,3	- 26,6	- 48,3
nachrichtlich:												
Westdeutschland ohne Berlin	2 099 501	1 893 139	42 745	163 617	2 124 918	2 011 604	31 277	82 037	+ 1,2	+ 6,3	- 26,8	- 49,9
Ostdeutschland ohne Berlin	405 964	389 430	4 029	12 505	425 750	418 496	2 296	4 958	+ 4,9	+ 7,5	- 43,0	- 60,4

¹⁾ Empfänger/-innen von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen.